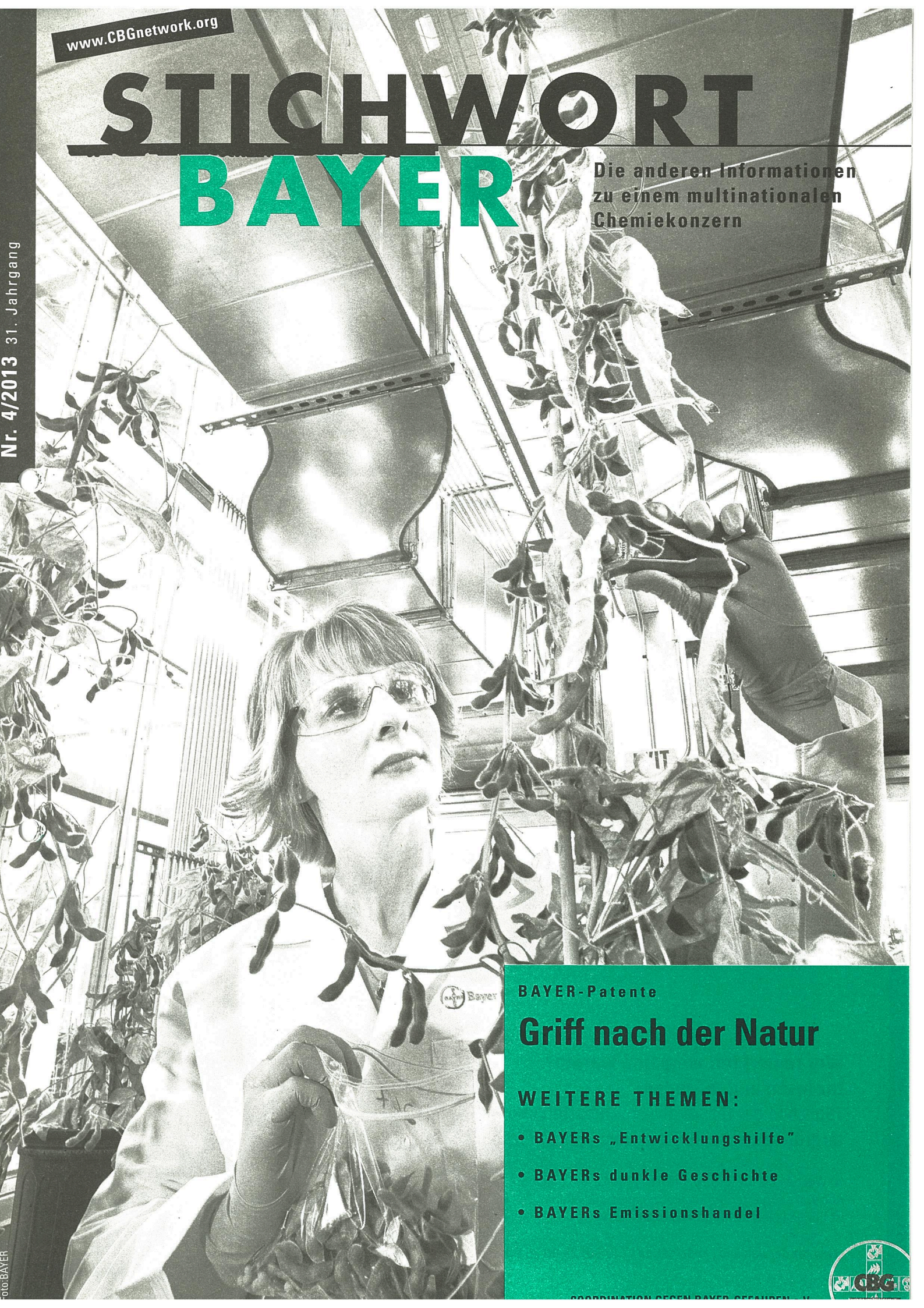


# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern



BAYER-Patente

## Griff nach der Natur

WEITERE THEMEN:

- BAYERs „Entwicklungshilfe“
- BAYERs dunkle Geschichte
- BAYERs Emissionshandel

# Nach der Wahl ist in der taz.

Wer regiert mit wem und warum?  
taz lesen und mitreden!

Täglich in der taz: Analysen, Debatten und Hintergründe zur Bundestagswahl und den Folgen.

10 Wochen taz für 10 Euro. In Ihrem Briefkasten oder als Kombi-Abo von gedruckter taz.am wochenende und ePaper. Das taz Abo ist übrigens nach 10 Wochen abwählbar.

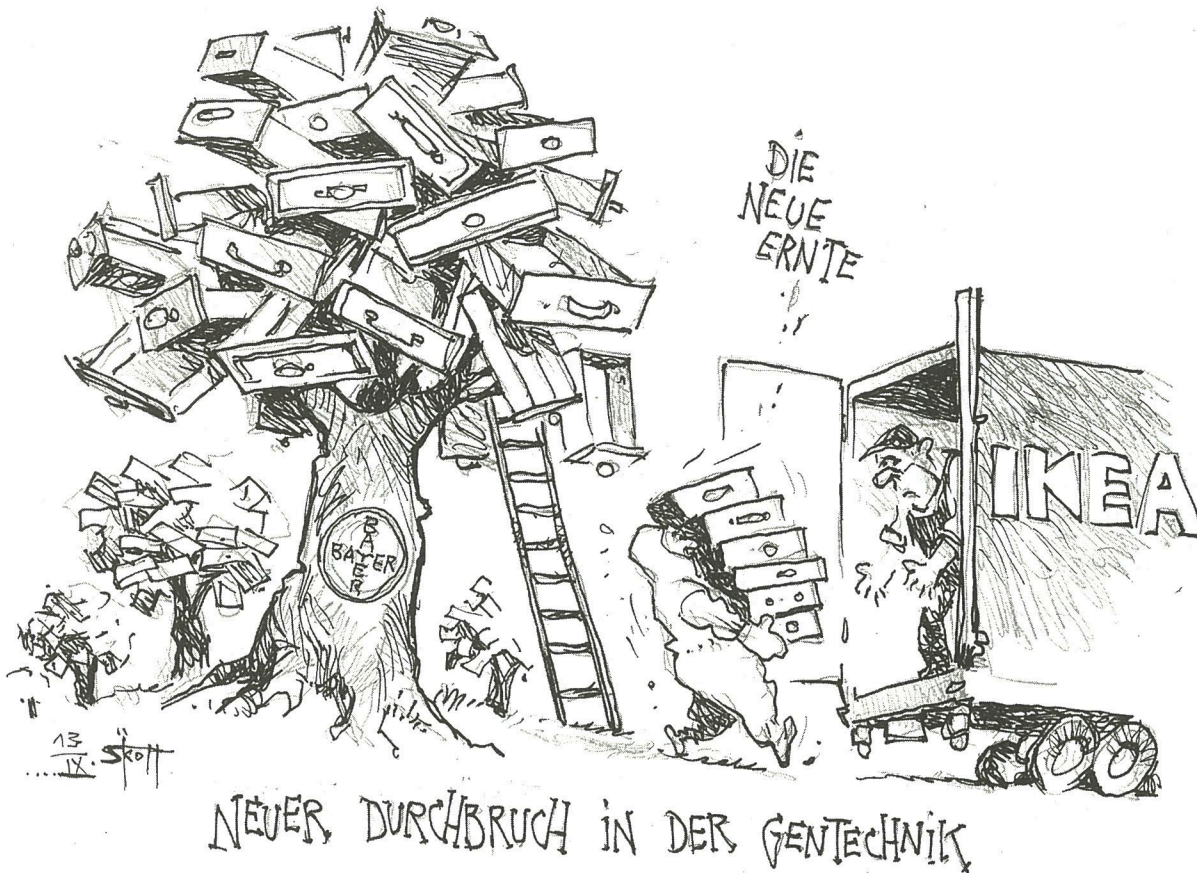
[www.taz.de/wahlabo](http://www.taz.de/wahlabo) | [abo@taz.de](mailto:abo@taz.de) | T (0 30) 25 90 25 90



10 Wochen  
taz für  
10 Euro  
[taz.de/wahlabo](http://taz.de/wahlabo)

In dieser Ausgabe: **Göring-Eckardt** Kluge Frau, die grüne Kandidatin. Aber wer ist die Politikern dahinter? **Starkes Ego** ist der noch konservativ? „FAZ“-Herausgeber **Frank Schirrmacher** im Gespräch **Brennessel** Loblied auf ein vergessenes Gemüse

**taz.am wochenende**



Siehe auch Seite 14: Natur made by BAYER

## Inhalt

- 6 BAYERS „Entwicklungshilfe“**  
Die „Dritte Welt“ als Absatzmarkt
- 10 Noch nicht über den Berg**  
Die CBG-Rettungskampagne
- 14 Natur made by BAYER**  
Die Patente des Konzerns
- 20 Applaus & Amnesie**  
Die BAYER-Feier zum 150sten
- 24 Kein Grund zum Jubilieren**  
Die dunkle BAYER-Geschichte

- 30 Darf's ein bisschen weniger sein?**  
Billige CO<sub>2</sub>-Versehmungsrechte

## Rubriken

- 5 Editorial**
- 7 Au weia, BAYER!,  
Promis gegen Profit**
- 21 Impressum**
- 32 CBG bei der Arbeit,  
O-Ton BAYER**
- 34 MitstreiterInnen, Echo**

# 30 JAHRE

WALD RETTEN

ANTI ATOMKRAFT

KONZERNE KNACKEN

CASTOR VERHINDERN

VERKEHR ENTLASTERN

ENERGIE WENDEN

AUFBÄUMEN

UMWELTAKTIVIST\_IN

Jetzt für die Zukunft sorgen: Robin Wood unterstützen!



ZUM GEBURTSTAG WÜNSCHEN WIR UNS

30X30 NEUE UNTERSTÜTZER\_INNEN

[WWW.ROBINWOOD.DE/30X30](http://WWW.ROBINWOOD.DE/30X30)



Margret Hamm gehört dem BUND DER „EUTHANASIE“-GESCHÄDIGTEN UND ZWANGSSTERILISIERTEN (BEZ) an.

## Liebe Leserinnen und Leser,

zwischen 1933 und 1945 fielen hunderttausende Menschen den „rassehygienischen“ Maßnahmen des NS-Staates zum Opfer. Die Verfolgung eingeläutet hatte das erste NS-Rassegesetz, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN), das die Kategorie des „lebensunwerten Lebens“ in das Rechtssystem einführte. In der ersten Phase der „Euthanasie“ töteten ÄrztInnen über 70.000 Menschen in als Duschen getarnten Räumen durch einströmendes Gas. Diese Vorläufer der späteren Gaskammern waren in sechs Tötungsanstalten des Reichs eingerichtet, welche die von BAYER mitgegründeten IG FARBEN mit Kohlenmonoxid belieferten, bis Hitler 1941 den Stopp der so genannten Aktion T4 anordnete. Danach mordeten MedizinerInnen und Pflegepersonal durch tödliche Medikamente und Nahrungsentzug weiter.

Nach 1945 hatte das Rassegesetz der Nazis für die Zwangssterilisierten und „Euthanasie“-Opfer oder ihre Nachkommen weiterhin Bedeutung, weil die politischen VertreterInnen in den alliierten Besatzungszonen und später in den Bundesländern mit seiner Existenz unterschiedlich umgingen. Von den Siegermächten hob nur die Sowjetunion das GzVeN auf, von den Bundesländern nur Bayern und Thür-

ingen. Die anderen Zonen bzw. Länder fanden unterschiedliche Gründe, dieses nicht zu tun. Bei der britischen Militär-Regierung hieß es sogar, man könne es vielleicht noch einmal brauchen.

Der „Wiedergutmachungsausschuss“ des Parlaments, dem drei ehemalige NS-Mediziner bzw. „Rasse-Hygieniker“ angehörten, entschied 1961, dass das GzVeN nicht im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen gestanden habe. Darum erhielten die Betroffenen oder ihre Angehörigen auch keine Entschädigungen: Das Bundesentschädigungsschlussgesetz von 1965 erkannte zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte nicht als Verfolgte des Nationalsozialismus an.

Erst im Dezember 1994 ächtete der Deutsche Bundestag die durchgeführten Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morde. Und erst am 24. Mai 2007 gelang es dem BUND DER „EUTHANASIE“-GESCHÄDIGTEN UND ZWANGSSTERILISIERTEN (BEZ) nach langen Bemühungen, die Ächtung des GzVeN selbst zu erreichen.

Die jetzt gültige Rechtssituation geht davon aus, dass das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses nie in der Bundesrepublik Deutschland gegolten habe und dass es von Anfang an nicht mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen sei. Dass

die historische Entwicklung eine andere war, haben die Opfer in den vielen vergeblich geführten Prozessen um Rehabilitation und Entschädigungsleistungen erfahren, in denen die RichterInnen deren Leid als „nicht-typisches NS-Unrecht“ eingestuft hatten.

Das spiegelt sich auch in den Entschädigungszahlungen wieder, die Zwangssterilisierte erst seit 1980 und „Euthanasie“-Geschädigte erst seit 2002 erhalten. Als der Bundestag sich 2011 symbolträchtig am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus noch einmal mit dieser Frage beschäftigte, hatten die Betroffenen Hoffnung nicht nur auf Leistungsverbesserungen, sondern auch auf ihre Anerkennung als Verfolgte. Diese sollte sich jedoch nicht erfüllen. Nach den Beschlüssen erweiterte sich der Kreis der Anspruchsberechtigten lediglich um drei Personen. Und das Entscheidende bleibt beiden Opfer-Gruppen weiterhin versagt: die ethische und moralische Anerkennung als NS-Verfolgte. Für die Regierung eines demokratischen Landes eine vernichtende Bilanz.

Margret Hamm

## Subventionierte Markt-Erschließung

## Entwicklungshilfe für BAYER

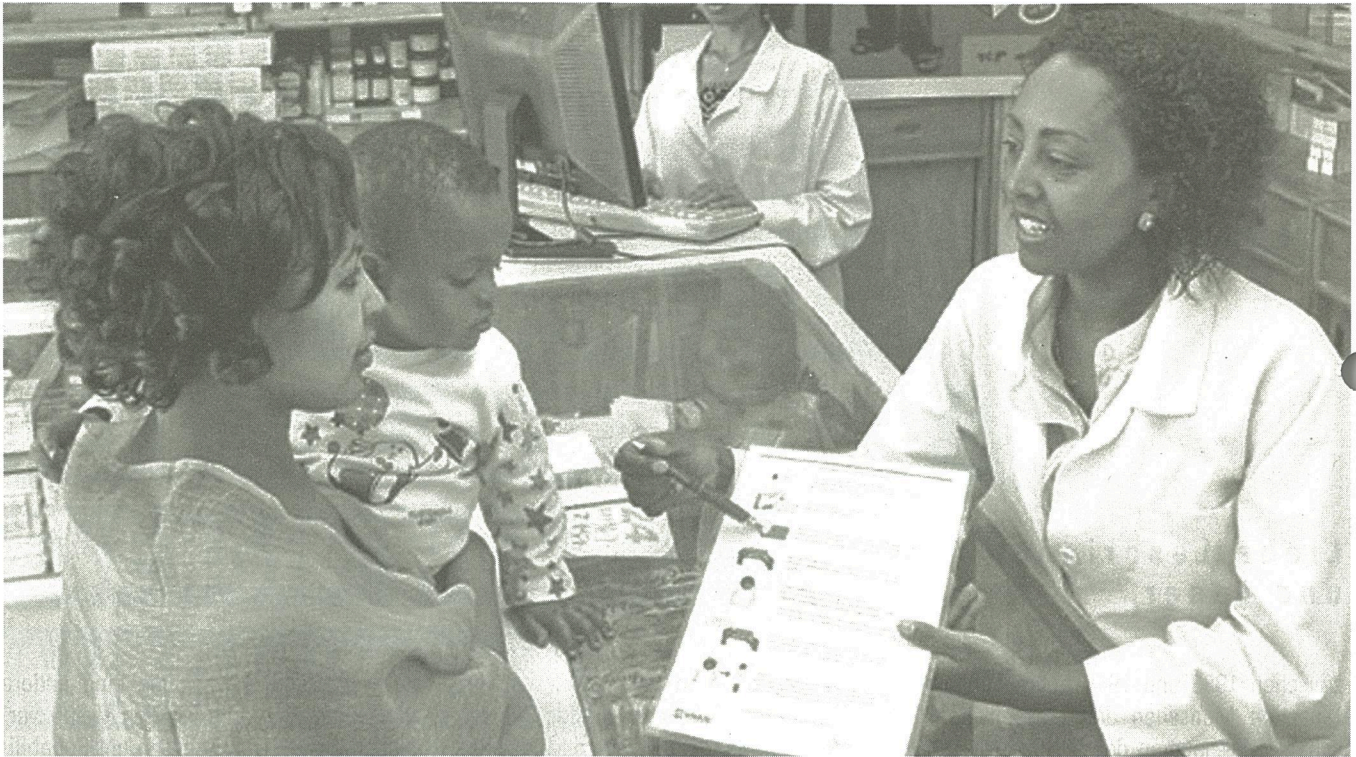


Foto: BAYER

Konzern-Kontrazeptiva in afrikanischen Apotheken

*Der BAYER-Konzern erschließt sich zunehmend Absatzgebiete in ärmeren Ländern. Die Bundesregierung unterstützt den Multi dabei tatkräftig und verbucht das unter „Entwicklungshilfe“.*

Von Jan Pehrke

„Mit ihrem Kapital, vor allem aber ihrem Know-how und ihrer Wertschätzung für Umwelt- und Sozialstandards trägt die Privatwirtschaft ganz wesentlich zu entwicklungspolitischen Fortschritten bei“, meint Entwicklungshilfe-Minister Dirk Niebel. Darum sucht die Entwicklungshilfe-Politik unter seiner Ägide auch zunehmend den „Schulterschluss mit der Privatwirtschaft“. So hat das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) mit BAYER, BASF, SYNGENTA und ca. 30 weiteren Konzernen die „German Food Partnership“ (GFP) gegründet, die sich dem Ziel verschrieben hat, „die Nahrungsmittel-Sicherheit zu verbessern“. Das vom Verbraucherschutz-Ministerium auf der Grünen Woche

veranstaltete „Global Forum for Food and Agriculture“ durfte der Verband gleich als Plattform nutzen. Und als Dirk Niebel die Vertiefung der „Public Private Partnership“ (PPP) des BMZ mit der „Bill & Melinda Gates Foundation“ verkündete, war der BAYER-Manager Liam Condon für die „German Food Partnership“ ebenfalls mit von der Partie und warb noch einmal für konzertierte Aktionen im Entwicklungshilfe-Bereich. „Die an der ‚German Food-Partnership‘ beteiligten Unternehmen stimmen darin überein, dass die aktuellen Herausforderungen nur durch langfristige Kooperationen und ganzheitliche Ansätze zu bewältigen sind“, so der Chef von BAYER CROPSCIENCE in Berlin. Die Ganzheitlichkeit zahlt sich für die

Multis nämlich aus. 79 Millionen Euro hat sich das BMZ die „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“ 2010/11 kosten lassen. Für BAYER fielen dabei 1,1 Millionen Euro ab. Allein mit 750.000 Euro subventionieren Niebel & Co. die Schulungen von kenianischen FarmerInnen im Umgang mit Pestiziden. 200.000 Euro erhält der Leverkusener Multi dafür, Regionalregierungen in Kenia dabei zu unterstützen, „das Wissen um moderne Kontrazeptiva und deren Gebrauch zu erweitern“. Und für „Fortbildungen“ zum selben Thema in der Ukraine und Bosnien-Herzegovina bekam der Konzern insgesamt 160.000 Euro.

Wie die „Entwicklungshilfe“ des Leverkusener Multis vor Ort abläuft, davon mach-



Neoliberale Entwicklungshilfe: Dirk Niebel, Bill Gates und BAYERs Liam Condon

te sich das TV-Magazin *Panorama* in Kenia ein Bild. Die JournalistInnen sprachen mit einer Pestizid-Verkäuferin, die an einem Seminar des Global Players teilgenommen hatte. „Es war eine Werbeveranstaltung für BAYER. Uns wurden die BAYER-Produkte vorgestellt und uns erklärt, dass BAYER eben ein Original ist und keine Fälschung“, berichtete sie. Informationen zu den Risiken und Nebenwirkungen der Ackergifte und zu deren richtiger Anwendung standen offensichtlich nicht auf dem Lehrplan. Der Verkaufsleiter der kenianischen BAYER-Niederlassung: „Durch dieses Programm sind wir effektiver geworden. Wir können uns jetzt in einem umkämpften Markt behaupten. Wir bedienen die Bedürfnisse der Kunden und bringen sie dazu, unsere Produkte zu kaufen.“ Bilanz der „Entwicklungshilfe“: Eine Steigerung des Pestizid-Absatzes bei Kleinbauern und -bäuerinnen um 20 Prozent.

### Marktentwicklung

Ähnliches versuchen die Projekte in der Ukraine und in Bosnien-Herzegovina im Bereich der Verhütungsmittel zu erreichen. In Bosnien-Herzegovina kooperiert BAYER hierzu mit der „Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ (GIZ). Die staatliche Entwicklungshilfe-Agentur knüpft die Verbindungen zu staatlichen Institutionen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und übernimmt die Schulungen, während der Pharma-Riese die Werbe-Maßnahmen finanziert, die Fachinformationen liefert und die Kontrazeptiva stellt. Für das BMZ hat diese Arbeitsteilung Modell-Charakter: „Der Erfolg der Partnerschaft basiert auf den komplementären Fähigkeiten der Partner“, hält es fest. Über die Motive BAYERs macht sich das Entwicklungshilfe-Ministerium dabei keine Illusionen. Der Konzern „versucht, in dieser Region einen Markt zu entwickeln“, heißt es in der vom BMZ herausgegebenen – und vom Pillen-Riesen

SANOFI gesponserten – Expertise „Bringing Medicines to Low-income Markets“. Um die Entwicklung von „inklusive Geschäftsmodellen für Pharma-Unternehmen“ ist es der Veröffentlichung zu tun, an der auch BAYER-Beschäftigte mitgewirkt haben. Die „Low-income Markets“ haben es nämlich in sich. Auf ein Volumen von bis zu 160 Milliarden Dollar schätzt die Untersuchung die Gesundheitsausgaben der vier Milliarden Menschen auf der Erde mit einem Jahreseinkommen von unter 3.000 Dollar und frohlockt: „Diesen Markt haben sich die Pharma-Firmen noch kaum erschlossen.“ Allerdings bedarf es zur Erschließung dieser Märkte „innovativer Geschäftsmodelle“. Und hier kommen die staatlichen Entwicklungshilfe-Akteure und die Nicht-Regierungsorganisationen ins Spiel. Dank ihres Renommees und ihrer guten Verbindungen vor Ort können sie laut „Low income“ als „Türöffner“ fungieren und ein „Ökosystem“ für das jeweilige „business model“ kreieren.

Um sich in Äthiopien zu etablieren, hat der Leverkusener Multi gemeinsam mit der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Behörde USAID ein solches „innovatives Geschäftsmodell“ entwickelt. Die „Contraceptive Security Initiative“ sieht vor, Frauen „mit mittlerem Einkommen in vorerst elf subsaharischen Entwicklungsländern Zugang zu bezahlbaren oralen Kontrazeptiva“ zu verschaffen. Der Global Player stellt dafür die Pillen bereit, und die USAID zahlt für die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterial zu den Mitteln. „Einen neuen strategischen Ansatz und einen innovativen Weg zur Erschließung der Märkte in Entwicklungsländern“ nennt der Pharma-Riese das Ganze.

Aber auch mit der auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zunehmend dominanter werdenden „Bill & Melinda Gates Foundation“ kam er schon ins Geschäft. 27 Millionen Einheiten des Verhütungsmittels JADELLE nahm die Stiftung dem Kon-

### Au weia, BAYER



BAYERs Schadstoff-Ausstoß nimmt zu, Kohlendioxid-Emissionen steigen ebenfalls, und auch der Energieverbrauch sinkt kaum – Grund genug für den Leverkusener Multi, mal wieder ein paar öffentlichkeitswirksame Nebelkerzen zu werfen. Deshalb beteiligt sich der Konzern an der Initiative „Chemie hoch drei“. Getragen vom „Verband der Chemischen Industrie“, der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE und dem „Bundesarbeitgeberverband Chemie“, will diese die „nachhaltige Entwicklung branchenweit vorantreiben“. Dabei treiben sie jedoch nur die Entwicklung des Wortes voran. Gnadelos erweitern BAYER & Co. in der Chemie<sup>3</sup>-Broschüre den Nachhaltigkeitsbegriff und subsumieren alles und jedes darunter: Medikamente zur Gesundheitsversorgung, Pestizide für die Landwirtschaft, die Ausbildung und noch vielerlei mehr. So nehmen sie dem Ausdruck seine ursprüngliche Bedeutung und neutralisieren die umweltpolitischen Ansprüche, die mit ihm einst verknüpft waren, damit es in ihrem Geschäftsleben weiterhin giftig, ätzend und explosiv zugehen kann.

### Promis gegen Profit



„Die Pharmaindustrie kann in Deutschland eigentlich machen, was sie will. Wenn man sich die Methoden betrachtet, mit denen die Pharmaindustrie die Entscheidungsträger unter Druck setzt, so gehören die eigentlich in die mafiösen Strukturen.“

Uwe Dolata vom „Bund Deutscher Kriminalbeamter“

zern ab, der dafür einen Mengenrabatt gewährte und 8,50 statt der üblichen 18 Dollar in Rechnung stellte. Jetzt kostet es nur noch 50 Cent mehr als das Konkurrenz-Pharmazeutikum von SHANGHAI DAHUA PHARMACEUTICALS, das dem Leverkusener Multi Umsatzeinbußen beschert hatte. „Mit der oben genannten Initiative und einer Preisreduzierung von JADELLE um fünfzig Prozent hat das Unternehmen BAYER mit Hilfe öffentlicher Entwicklungshilfe-Gelder und der Gates-Stiftung nun nachgezogen und sein Produkt wettbewerbsfähig gemacht“, resümieren Daniel Bendix und Susanne Schultz (siehe SWB 3/13).

Zudem dient das Mittel weniger dem Kampf gegen die Armut denn dem Kampf gegen die Armen. Bei JADELLE handelt es sich nämlich um ein speziell für die Bevölkerungspolitik geschaffenes, fünf Jahre lang unfruchtbar machendes Hormon-Implantat, das die Devise des früheren US-Präsidenten Lyndon B. Johnson in die Praxis umsetzt: „Fünf gegen das Wachstum der Bevölkerung investierte Dollar sind wirksamer als hundert für das Wirtschaftswachstum investierte Dollar.“ Konsequenterweise bietet der Pharma-Riese das nebenwirkungsreiche Mittel deshalb

in den Industrie-Nationen gar nicht erst an – ein typisches Beispiel für doppelte Standards.

### BAYERs Afrika-Strategie

Als Absatzgebiete für Pestizide nehmen die ärmeren Länder für den Agro-Riesen ebenfalls eine immer größere Rolle ein. So erwartet der BAYER-Manager Bernd Naaf binnen der nächsten zehn Jahre eine Verdoppelung des Volumens des afrikanischen Ackergift-Marktes auf drei Milliarden Euro und trifft schon die entsprechenden Vorbereitungen. „Wir entwickeln derzeit eine Afrika-Strategie mit dem Ziel, in diesem Wachstumsmarkt zukünftig stärker vertreten zu sein“, so Naaf. Dabei will die Aktiengesellschaft auch „gezielt das Segment der Kleinbauern ansprechen“ und setzt dabei als Ansprechpartner nicht zuletzt auf den „öffentlichen Sektor“. Diesen braucht der Leverkusener Multi noch aus einem weiteren Grund: Er hat nach eigenem Bekunden nur Zugang zu einem Viertel des Marktes auf dem Kontinent. Die restlichen drei Viertel decken Nachahmer-Produkte nebst Fälschungen ab. Darum dringt das Unternehmen auf eine „Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen“. Auf dem „Global Fo-

rum for Food and Agriculture“ forderte BAYERs Liam Condon etwa einen stärkeren Patentschutz, effizienterer Pestizid-Zulassungsverfahren und Maßnahmen gegen die Produkt-Piraterie. Erst „wenn wir dann die richtigen Bedingungen vorfinden“, möchten Condon & Co. in den betreffenden Ländern investieren und „die Farmer stärken“.

Und genau das ist die Politik der 2012 am Rande eines G8-Treffens gegründeten „Neuen Allianz für Ernährungssicherheit“. Ihr gehören neben den Teilnehmer-Staaten unter anderem die Agro-Riesen BAYER, MONSANTO, CARGILL und DUPONT an, darüber hinaus haben sich mittlerweile zehn afrikanische Länder angeschlossen. Das Bundesentwicklungsministerium unterstützt den Verbund bis 2014 nicht nur mit über 50 Millionen Euro, sondern hat auch die Leitung bei den Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen mit Benin übernommen. In solchen Vertragsgesprächen machen die Multis ihre „Entwicklungshilfe“ dann stets von den „richtigen Bedingungen“ abhängig. So dringen sie etwa darauf, die „Verteilung von frei verfügbarem und nicht verbessertem Saatgut systematisch zu beenden“. Künftig sollen die LandwirtInnen nämlich bei

# Kassensturz

Gemeindefinanzen  
und Haushaltspolitik vor Ort

Bei einem Kassensturz will man wissen, wie viel Geld wirklich im Stadtsäckel ist. Dass bei den meisten Städten, Gemeinden und Kreisen ziemliche Ebbe in der Kasse herrscht, ist allenthalben bekannt. Trotz aller Sparbemühungen wachsen die Schulden. Die Kassenkredite haben einen Höchststand erreicht, während die Investitionen weit ins Hintertreffen geraten sind.

Was können in dieser prekären Situation die gewählten LokalpolitikerInnen ausrichten? Oder sind die Kommunen mehr und mehr zur Ohnmacht verdammt? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das vorliegende Buch. Darüber hinaus vermittelt es Grundlagenwissen über die Gemeindefinanzen und den Haushaltsplan.

Ein Buch für erfahrene Haushälter wie Neueinsteiger.

Bielefeld 2013, 264 Seiten, 15,00 Euro

AKP Alternative Kommunalpolitik  
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
Tel. 05 21-17 75 17  
Fax 05 21-17 75 68  
akp@akp-redaktion.de  
www.akp-redaktion.de

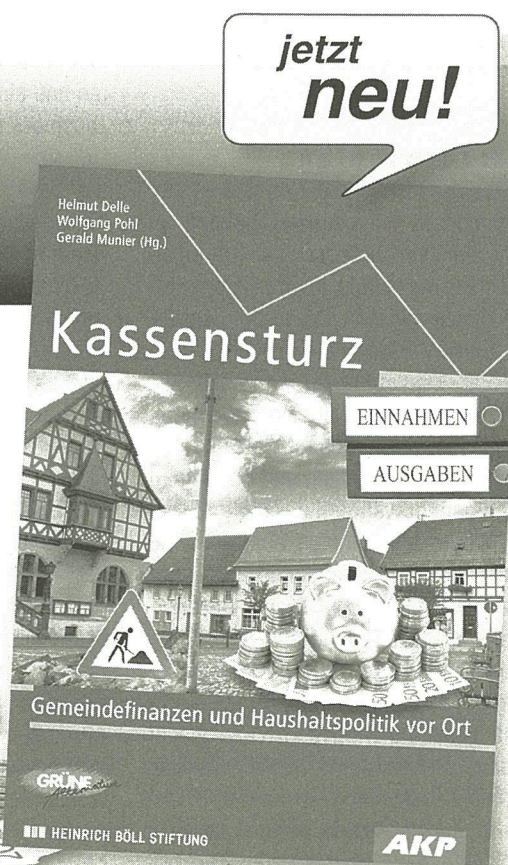


Foto: ©fring-lobbia.com





Foto: BAYER  
BAYER berät afrikanische Landwirte

jeder neuen Aussaat für die Labor-Kreationen der Konzerne optieren und kräftig Lizenz-Gebühren zahlen. Neben Landrechtsreformen stehen auch die von Condon auf dem „Global Forum for Food and Agriculture“ angemahnten „Reformen“ immer mit auf der Agenda.

Willigen die Länder dann ein, kann das beginnen, was Condon unter „die Farmer stärken“ versteht: Sie zu Agrar-Unternehmer nach westlichem Vorbild umzuschulen. „Es ist unsere Rolle, – über den öffentlichen und privaten Sektor – dabei zu helfen, die Landwirte – kleine und große – in das zu verwandeln, was ich ‚Agripreneure‘ nennen möchte“, meint der Manager. Und so sieht BAYERS „Entwicklungshilfe“ dann auch aus. Sie besteht vor al-

lem aus teuren technischen Lösungen. Steriles, also nicht zur Wiederverwendung geeignetes Hybrid-Saatgut, besonders gut an Trockenheitsregionen angepasstes Saatgut und Pflanzen mit künstlich angereichertem Nährstoff-Gehalt hat der Cropsience-Chef für die Bauern und Bäuerinnen in den Armutsregionen parat. An grundsätzlichen Veränderungen zeigen sich die Unternehmen dabei nur wenig interessiert. „Die strukturellen Ursachen des Hungerproblems werden ebenso ausgeblendet wie der Zusammenhang zwischen den proklamierten ‚guten Taten‘ von Konzernen und deren eigentlichem Geschäftsmodell“, kritisiert Benjamin Luig von dem katholischen Hilfswerk Misereor. Das eigentliche Geschäftsmodell der Agro-Multis hinterlässt nämlich gerade in den Ländern des Trikonts verbrannte Erde. Roman Herre von der Organisation FIAN wirft der Bundesregierung deshalb vor, in ihren PPP-Projekten den Bock zum Gärtner gemacht zu haben. „Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben jährlich etwa 355.000 Menschen durch von Pestiziden verursachte Vergiftungen, zwei Drittel davon im Globalen Süden. Knapp ein Drittel aller Agrar-Gifte weltweit stammen aus dem Hause BAYER

und der ebenfalls in der ‚German Food Partnership‘ vertretenen BASF“, moniert er. Obendrein belasten die Millionen von Gift-Geschädigten die Gesundheitsetats der Staaten massiv. Eine Studie des UN-Umweltprogrammes UNEP rechnet für 2015 bis 2020 mit Behandlungskosten von bis zu 90 Milliarden Dollar allein in Afrika. Aber an eine ökologische Landwirtschaft ist unter der Ägide einer von den Agrar-Giganten bestimmten Entwicklungspolitik natürlich nicht zu denken. Darüber hinaus treiben ihre teuren Komplett-Lösungen – die so genannten Input-Pakete – die LandwirtInnen allzu oft in eine Schuldenfalle, zumal es keinen funktionierenden globalen Agrar-Markt gibt und das Oligopol der großen Sechs (MONSANTO, BAYER, SYNGENTA, BASF, DOW CHEMICAL und DUPONT) die Preise fast nach Belieben diktieren kann.

Was die BUKO PHARMA-KAMPAGNE mit Bezug auf die BMZ-Publikation „Bringing Medicines to Low-income Markets“ „knallharte Wirtschaftsförderung“ nennt, gilt so auch für die gesamte bundesdeutsche Politik in diesem Bereich. Diese Art von Entwicklungshilfe ist Entwicklungshilfe nur für eines: für die Profite von BAYER & Co.



ProSolidar 

Leben statt Profit

Bewährt seit 1994

[www.prosolidar.net](http://www.prosolidar.net)

# Geld & Konzerne

Herkömmliche Finanzrücklagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

Einlagen bei ProSolidar fördern direkt ökologie- und sozialpolitische Projekte. Und werden pünktlich zurückgezahlt. Ohne jeden Abzug. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite.

Bitte zurücksenden an: ProSolidar, Schweinfelder Str. 41, 40231 Düsseldorf

Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar (Agio je nach Höhe maximal 6%)

- Festeinlage (mind. 500 Euro) ..... Euro
- Spareinlage (mind. 20 Euro mtl) ..... Euro
- Schickt mir mehr Infos.

Vorname .....

Name ..... Alter .....

PLZ/Ort .....

Straße/Haus-Nr. ....

Fon ..... Fax .....

Email .....

**Lastschrift** .....

Bank .....

Konto ..... BLZ .....

Datum/Unterschrift .....

ProSolidar  [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)  
Fon 0211 - 26 11 210  
Leben statt Profit Fax 0211 - 26 11 220

## Die CBG-Rettungskampagne

# Eine Geschichte von Frust und Freude



*Vor gut zweieinhalb Jahren startete die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ihre Rettungskampagne. Seither ist viel passiert, aber noch nicht genug. Eine Zwischenbilanz.*

*Vom CBG-Vorstand*

Irgendwann ging es nicht mehr anders: Kleinere Maßnahmen griffen nicht, Ideen für erfolgversprechende größere, vorher noch nie in Erwägung gezogene Schritte fanden wir trotz intensiver Überlegung nicht und bessere Zeiten waren auch nicht in Sicht – der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN blieb im Frühjahr 2011 nur die Möglichkeit, ihre prekäre Fi-

nanzlage öffentlich zu machen und um Unterstützung zu bitten.

Im *Stichwort BAYER* las sich das damals so: „Zum ersten Mal muss die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) an dieser Stelle in eigener Sache sprechen. Die Umstände verlangen es, denn die Lage ist ernst: Die Existenz der Coordination steht auf dem Spiel. Sozialab-

bau und Wirtschaftskrise haben die Spenden-Einnahmen stark sinken lassen. Da die CBG keine Gelder aus staatlichen oder kirchlichen Quellen erhält – das ist der Preis für ihre konsequent konzern-kritische Ausrichtung – schrumpfte der Etat auf die Höhe der Budgets von Mitte der 1990er Jahre.“ Da den Einbrüchen bei Beiträgen und Spenden jedoch – beson-

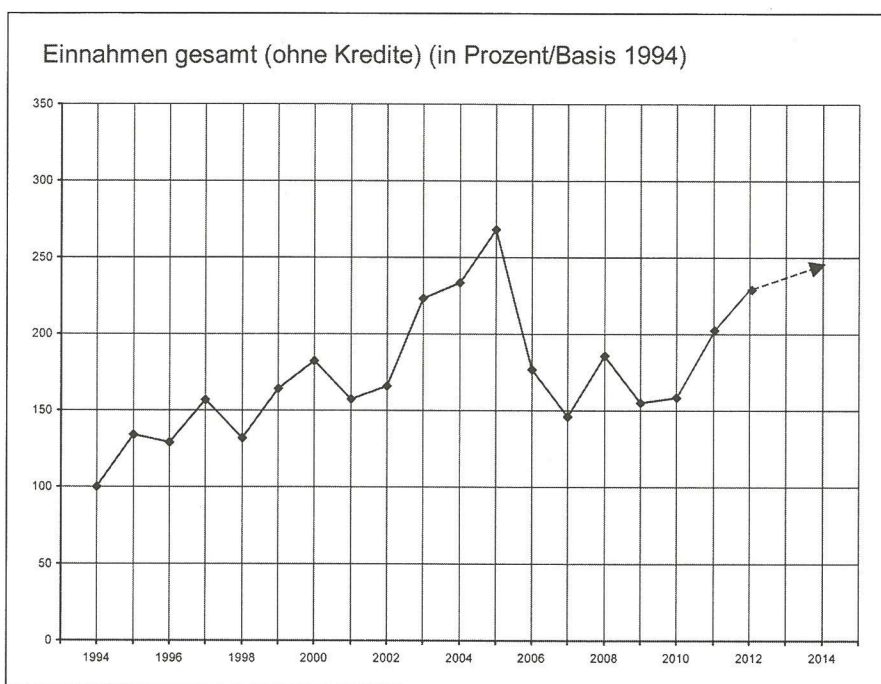
ders nach der Euro-Umstellung – enorm gestiegene Kosten gegenüberstanden, tat sich ein jährliches Finanzloch von 150.000 Euro auf. Um die Finanzierung des Netzwerkes zu sichern und auf eine solidere Basis zu stellen, musste die CBG neue Fördermitglieder gewinnen. Und zwar schnell und viel.

Darauf konzentrierte sich dann auch die Rettungskampagne. „KonzernKritik vor dem Aus! – DIE COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN braucht 350 neue Fördermitglieder“ prangte auf dem Titelblatt der vierseitigen Zeitungsbeilage, die klar machte, was da verloren zu gehen drohte: der Erfahrungsschatz von mehr als 30 Jahren Auseinandersetzung mit einem der mächtigsten Chemie-Multis der Welt. Als „Schirmherrin“ des Aufrufs stellte sich Nina Hagen zur Verfügung, bei Gestaltung und Grafik standen CBG-Mitglieder unentgeltlich helfend zur Seite. 300.000 Stück erreichte die Auflage, der *taz*, der *jungen welt* und zahlreichen anderen Publikationen lag die Alarm-Meldung der Coordination bei.

Die Resonanz überwältigte selbst den hartgesottenen CBG-Vorstand. Spenden gingen ein, zinslose Darlehen wurden gewährt, Einlagen bei ProSolidar wurden gezeichnet, Altmitglieder erhöhten ihre Beiträge. Sogar Benefiz-Konzerte fanden statt. Und vor allem: Viele neue Mitglieder stießen zur Coordination. Sensationelle 100 neue Mitglieder, 98 zusätzliche SpenderInnen und 19 neue GarantInnen, also Mitglieder, die mit einem Jahresbeitrag von mindestens 500 Euro unseren Finanzhaushalt „garantieren“ – so sah im August 2011 die erste Zwischenbilanz aus.

**Licht am Horizont**

Eine beträchtliche Strecke war also bereits zurückgelegt, aber es lag trotzdem noch viel Weg vor der CBG. Zudem wurde die Kampagnen-Arbeit beschwerlicher, denn irgendwann verhallt selbst der kräftigste Hilferuf. Und einfach den Not-Ap-pell wiederholen konnte die Coordination auch nicht, ohne einen Abnutzungseffekt zu erzeugen. Also versuchen wir seither mit kleinere Aktionen wie der „Schwimmringe“- oder der aktuellen „SOS“-Kampagne die Lücke zu schließen. Darüber hinaus entschloss sich der Vorstand im Mai 2012 nach langer Überlegung zu einer Telefon-Kampagne. Wir begannen, nach und nach alle unsere FreundInnen und UnterstützerInnen anzurufen und mit ihnen gemeinsam auszuloten, ob es noch Mög-

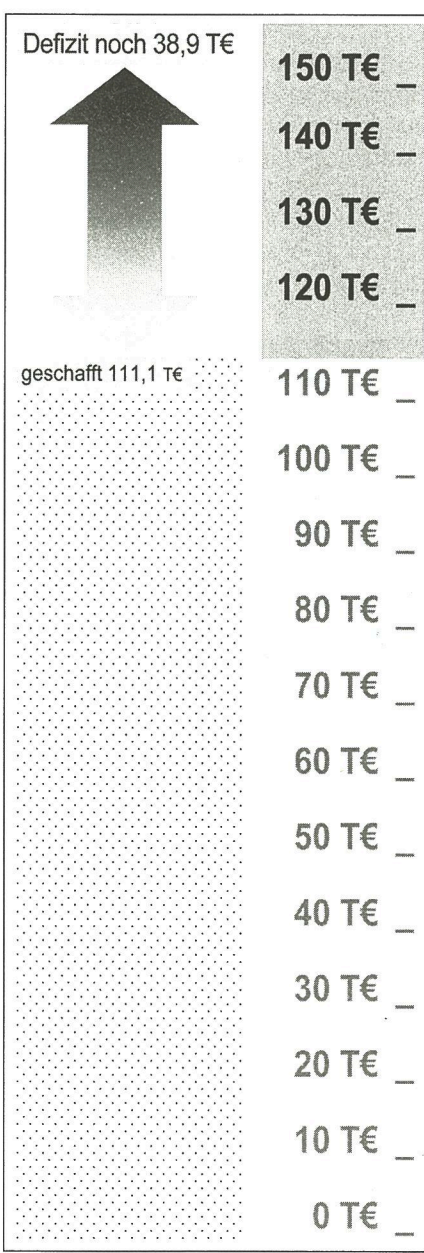


lichkeiten gibt, unsere politische Arbeit zu unterstützen.

So ging es Monat für Monat langsam aber sicher weiter voran. Die Zahl der neuen Mitglieder nahm die 200er-Grenze, durchbrach dann die 300-Marke und kletterte schließlich auf 313. Auch der Spenden-Fluss versiegte nicht und die Darlehen nahmen zu. Pro Solidar erreichte einen Einlagen-Rekord.

Eine stete Aufwärtsbewegung war das alles allerdings nie – den Neuzugängen standen stets auch Abgänge und Beitragsreduzierungen gegenüber, denn die wirtschaftliche Lage verschärfte sich weiter und zwang so einige unserer UnterstützerInnen, ihre Beiträge zu reduzieren oder den Verein zu verlassen. Auch bei uns machte sich die veränderte ökonomische Situation bemerkbar. Immer wieder trudelten neue Kostenerhöhungen ein. Ständig stiegen irgendwo die Preise – bei Post, Druck, Material oder Kommunikation. Darum stimmte irgendwann auch die Kalkulationsgrundlage der Rettungskampagne nicht mehr: Der Vorstand musste die Zielvorgabe auf 400 neue Mitglieder erhöhen.

Dennoch hielt die CBG Kurs. Zug um Zug konnte sie ihre Deckungslücke schließen. Bei 108.000 Euro zusätzlichen Einnahmen waren wir bereits angelangt. Es fehlten „nur“ noch 42.000 Euro. Doch dann der Rückschlag in diesem Frühjahr: Einige wichtige Unterstützer starben, und eine große Förderin war gezwungen, ihrer Alterssicherung den Vorrang einzuräumen. Deshalb fielen wir weit unter das im Dezember 2012 erreichte Niveau zurück.



Unser Ziel geriet wieder stärker aus dem Blickfeld.

Aber wir wären nicht wir, wenn wir uns davon beeindrucken lassen würden. Zumal die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN keinen Grund hat, den Kopf in den Sand zu stecken. Die Solidarität mit uns war und ist einfach überwältigend! Stellvertretend seien nur zwei Zuschriften zitiert. „Eure Arbeit finde ich sehr wichtig, deshalb wünsche ich euch viel Erfolg bei der Suche nach einer sicheren Finanzierung. Kritische Arbeit ist eine gewaltige Aufgabe, und sehr oft fühlt man sich allein und entmutigt, es gibt aber keinen anderen Weg, wenn man Humanist ist“, hieß es in einem Schreiben. Ein anderer Brief machte uns mit folgenden Worten Mut: „Seit vielen Jahren unterstütze ich als Garant die CBG. Die Schönheit unserer Erde und ihrer Lebewesen ist mir eine große Freude. Genauso schmerzhaft ist es für mich zu sehen, wieviel Zerstörung und Leid da angerichtet wird. Ihr seid die einzige Organisation, die ich kenne, die einem globalen Konzern auf die Finger klopft, Verbrechen öffentlich macht, Widerstand bündelt und Opfer unterstützt.“

Zu Beginn der Rettungsaktion vermochten wir uns gar nicht vorzustellen, wie viele Menschen neu zu uns stoßen, wie viel Zu-

spruch, aufmunternde Worte und praktische Hilfen wir empfangen würden. Die Gewinnung von mehr als 300 neuen Mitgliedern innerhalb von knapp zwei Jahren - das hätten wir uns in den kühnsten Träumen nicht ausgemalt. Also ließen wir uns auch von dem Rückschlag im März/April nicht entmutigen und machten weiter. Und schafften es tatsächlich, auch dieses Minus auszugleichen und weiter am Abbau des Defizits zu arbeiten. Wir können heute melden: netto 336 neue Mitglieder, 34 neue GarantInnen, Schliessung der Finanzlücke bis auf 39.000 Euro.

Dafür bedanken wir uns in aller Form und ganz herzlich. Wir bei der CBG arbeiten fast alle ehrenamtlich, gehören alle nicht zu den GroßverdienerInnen. Wir wissen, dass jede Spende und jeder Förderbeitrag erst einmal verdient werden muss. Und dass es heutzutage nicht einfach ist, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Umso wertvoller ist die Förderung, die wir in den letzten zweieinhalb Jahren erhalten haben. Dafür sagen wir: Danke!

Doch 39.000 Euro sind immer noch eine bedrohliche Summe, nicht zuletzt, weil wir für die Tilgung als Privatpersonen in Vorleistung gehen müssen, denn Banken vergeben an Vereine keine Kredite. Noch haben wir also keinen festen Boden unter

den Füßen, noch ist unsere Arbeit in Gefahr. Wenn Sie also auch der Meinung sind, dass die konzernkritische Arbeit der CBG weitergehen soll, dann prüfen Sie doch bitte diese Vorschläge:

- > Werden Sie Fördermitglied, wenn Sie es noch nicht sind. Egal mit welchem Beitrag.
- > Wenn Sie bereits Fördermitglied sind, erhöhen Sie, wenn möglich, Ihren Beitrag. Jeder Euro zählt.
- > Werden Sie, so die Mittel reichen, Garant oder GarantIn mit einem Beitrag von mind. 500 Euro jährlich.
- > Abonnieren Sie Stichwort BAYER.
- > Werden Sie (zusätzlich) Mitglied im Förderkreis von Stichwort BAYER, damit unser Magazin auf möglichst eigenständige Beine gestellt werden kann.
- > Helfen Sie uns mit einem zinslosen Darlehen.
- > Hinterlegen Sie eine - wohlgemerkt, gesicherte und rückzahlbare - Spareinlage bei ProSolidar ab 500 Euro aufwärts. Wenn Sie sich vorher informieren wollen, fordern Sie das Anlageprospekt an.
- > Helfen Sie mit einer Spende.

www.blaetter.de

Einzelheft 3,50 €  
Im Abz. 6,10-8,70 €

9'13

**Blätter für deutsche und internationale Politik**

Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus?  
Wolfgang Streeck

Room – Blase – Crash:  
Fünf Jahre nach Lehman  
Michael Kratke

Utopie statt Sachzwang:  
Für ein anderes Wirtschaften  
Elmar Altvater

Venedig im Ausverkauf  
Susanna Bolzoni-Rubiy

Politikwissenschaft und die Gnade der späten Geburt?  
Hubertus Buchstein und Tine Stein

**Verfangen im Netz:  
Der digitale Bürger**  
Bernd Rheinberg

**Der BRICS-Komplex**  
Vijay Prashad

**Verfangen im Netz:  
Der digitale Bürger**  
Bernd Rheinberg in den aktuellen »Blättern«

Weitere Informationen auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)



# Spuren hinterlassen.

## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

-----  
Vorname, Name

-----  
PLZ, Ort

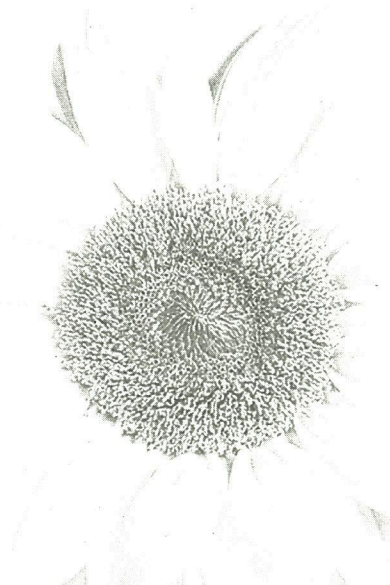
-----  
Straße, Haus-Nr.

-----  
Telefon, Fax

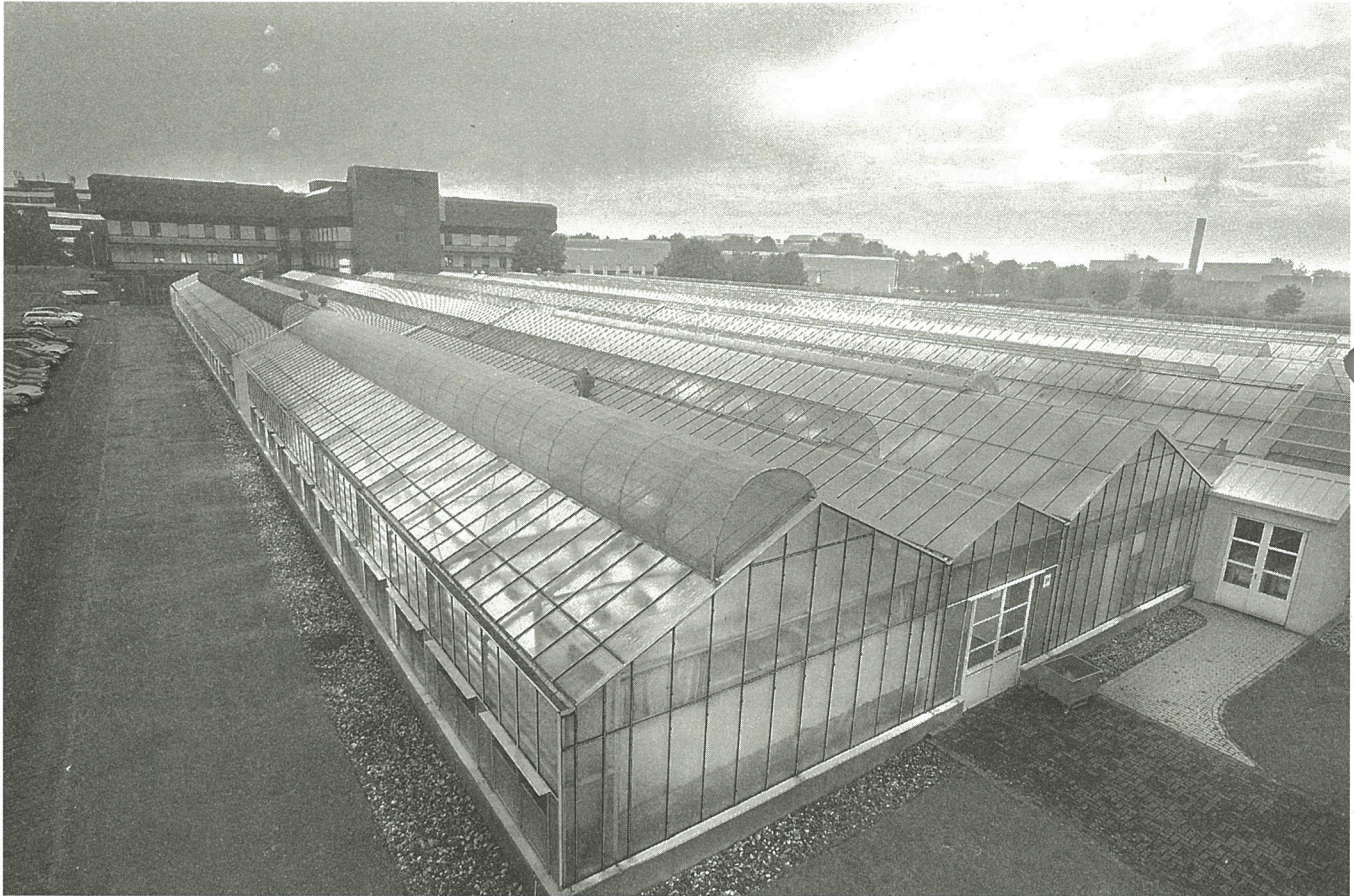
-----  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**



## Gentech-Patente von BAYER

**Nicht nur MONSANTO**

BAYERs Pflanzen-Labore in Monheim

Foto: BAYER

*In der Diskussion um gentechnisch manipuliertes Saatgut dominiert die Kritik an der Geschäftstätigkeit von MONSANTO. Im Windschatten des US-Multis ist jedoch die Firma BAYER zu einem der größten Agro-Konzerne der Welt aufgestiegen. Bei Pestiziden und Saatgut gehört der Leverkusener Multi bereits zu den führenden Anbietern. Eine Recherche am Europäischen Patentamt zeigt, dass der Konzern bei der Zahl der erteilten Gentech-Patente sogar den Spitzenplatz belegt.*

*Von Dr. Ruth Tippe (KEIN PATENT AUF LEBEN!) und Philipp Mimkes*

Mais, Weizen, Reis, Gerste, Sojabohnen, Baumwolle, Zuckerrüben, Raps, Sonnenblumen, Kartoffeln, Tabak, Tomaten, Erbsen, Linsen, Weintrauben – die Liste transgener Pflanzen, auf welche die Firma BAYER CROPSCIENCE Patente besitzt, ist

lang. Selbst genmanipulierte Bäume, zum Beispiel Pappeln, Kiefern und Eukalyptus, hat sich der Konzern schützen lassen. Dies ergab eine aktuelle Recherche der Initiative KEIN PATENT AUF LEBEN! am Europäischen Patentamt in München. Die

Organisation untersuchte hierfür alle Zulassungsanträge, welche in den vergangenen zwanzig Jahren eingereicht wurden. BAYER besitzt demnach 206 der insgesamt rund 2.000 Patente, die in Europa auf transgene Pflanzen erteilt wurden.

Damit liegt das Unternehmen auf Platz eins, noch vor PIONEER (179), BASF (144), SYNGENTA (135) und MONSANTO (119). BAYER CROPSCIENCE, eine hundertprozentige Tochter der BAYER AG, ist mit einem Weltmarktanteil von rund 20 Prozent der zweitgrößte Pestizidhersteller der Welt (nach SYNGENTA). Bei Saatgut liegt die Firma aus dem rheinischen Monheim mit einem Anteil von 3 Prozent auf dem siebten Rang.

Im Agro-Markt ist seit Jahrzehnten ein starker Konzentrationsprozess zu beobachten. Bei Pestiziden und Saatgut besitzen die zehn größten Unternehmen einen Marktanteil von über 70 Prozent. Ziel des Oligopols ist es, den Markt unter sich aufzuteilen, Preise und politische Rahmenbedingungen zu diktieren und letztlich die Ernährungsgrundlagen der Menschheit zu kontrollieren – und damit die Geschicke des ganzen Planeten. „Wer das Saatgut kontrolliert, beherrscht die Welt“, hat der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger einmal festgehalten. Und Patente auf Pflanzen und Tiere sind dabei ein zentrales Hilfsmittel.

Dabei hatte schon im Jahr 2008 der von den Vereinten Nationen und der Weltbank initiierte Weltagrarbericht davor gewarnt, dass Forschung und Wissensverbreitung durch die zunehmende Patentierung eingeschränkt werden. Gerade in Entwicklungsländern würden dadurch lokal angepasste Praktiken des Ackerbaus verhindert, die zu Ernährungssicherheit und ökonomischer Nachhaltigkeit beitragen.

Der weltweit größte Anbieter von genmanipuliertem Saatgut ist – mit Abstand – die Firma MONSANTO. Das Unternehmen hat Dutzende von kleineren Saatgutproduzenten und Züchtern aufgekauft und erreicht dadurch einen Anteil am Saatgutmarkt von rund 27 Prozent. Auch beim Verkauf von Herbiziden liegt die US-Firma vorne: 95 Prozent des gentechnisch veränderten Sojas und 75 Prozent von Genpflanzen wie Mais oder Baumwolle sind gegen das von MONSANTO entwickelte Pestizid Glyphosat (Handelsname: ROUNDUP) immun.

Studien weisen darauf hin, dass der Einsatz dieses Mittels sowohl Geburtsschäden als auch Krebs verursachen kann. Die Zahl der Vergiftungsfälle von Landwirten und LandarbeiterInnen wird immer größer, besonders in Lateinamerika. Glyphosat findet sich mittlerweile sogar im Urin europäischer Großstadtbewohner, die weitab von Feldern und Gewächshäusern leben. Anders als von der Industrie



BAYER-Forscher bei der Arbeit

Foto: BAYER

stets versprochen, hat der Pestizidverbrauch durch den Einsatz genmanipulierter Pflanzen keineswegs ab-, sondern stetig zugenommen. MONSANTO steht daher völlig zu Recht im Zentrum der öffentlichen Kritik.

Für die deutschen Firmen BAYER und BASF ist diese Situation komfortabel, da sie kaum einer öffentlichen Diskussion ausgesetzt sind. Dabei ist das BAYER-Pestizid Glufosinat, das chemisch mit Glyphosat verwandt ist und ebenfalls in Kombination mit herbizid-tolerantem Saatgut angeboten wird, nicht weniger gefährlich – im Gegenteil: Der Wirkstoff kann Missbildungen bei Föten verursachen und ist deshalb als „reproduktionstoxisch“ klassifiziert. In der EU muss das Herbizid daher bis spätestens 2017 vom Markt genommen werden. Dies hinderte den BAYER-Konzern aber nicht, Mitte Mai den Bau einer riesigen neuen Glufosinat-Fabrik in den USA anzukündigen. Der Konzern will damit in die Lücke vorstoßen, die sich durch die zunehmende Unwirksamkeit von Glyphosat gegen Wildkräuter aufgetan hat.

### Auf der Überholspur

Im Bereich der „grünen Gentechnik“ hat BAYER beständig aufgeholt. Der Konzern forscht seit den 1980er Jahren an genmanipulierten Pflanzen und stieg im Jahr 2001 durch die Übernahme der Firma AVENTIS CROPSCIENCE, die ihrerseits aus den Gentechnik-Sparten von SCHERING, RHONE POULENC und HOECHST hervorgegangen war, in die erste Liga auf. Danach folgte der Zukauf von Unternehmen wie PLANT GENETICS SYSTEMS, PLANTTEC, PROSOY GENETICS und ATHENIX. Hinzu kamen Kooperationsverträge mit Biotech-Firmen wie EVOGENE (Reis-

forschung), MERTEC (Soja) und FUTURAGENE (Baumwolle) sowie mit Forschungsinstituten wie der „Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation“ (Weizen) oder dem brasilianischen „Zentrum für Zuckerrohr-Technologie“.

Den größten Umsatz macht BAYER aktuell mit Baumwoll-Saatgut. Hierauf hält der Konzern allein 18 Patente. Zudem bietet BAYER genmanipulierten Raps, Zuckerrüben, Mais und Soja an. Für genmanipulierten Reis der Sorte LL62 hat der Konzern bereits vor zehn Jahren einen Antrag auf eine EU-Importzulassung gestellt.

Die aktuelle Recherche zeigt, dass BAYER in den vergangenen zwanzig Jahren insgesamt 771 Anträge am Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht hat. In 206 Fällen wurde diesen stattgegeben (siehe Tabelle). In den vergangenen drei Jahren lagen bei der Zahl der erteilten Patente gleich zwei deutsche Firmen vorne: BASF (69) und BAYER (56).

Allein 26 Patente besitzt BAYER auf Stärke und Zucker. Mittels gen-veränderter Pflanzen soll in großem Umfang Stärke für die Industrie sowie Zucker für Spezialanwendungen produziert werden.

23 BAYER-Patente beziehen sich auf Resistenzen gegen Herbizide. Die Patente zur Glufosinat-Resistenz stammen zum Teil aus den 1980er Jahren und sind mittlerweile abgelaufen. Um die Laufzeit zu verlängern, hat BAYER bei wichtigen Pflan-

CBG

Gefällt mir

Mehr Fans für Konzernkritik!

facebook/Coordination

zen wie Soja und Baumwolle kleine Veränderungen am Erbgut vorgenommen und darauf neue Patente beantragt.

Da auch das Patent des MONSANTO-Präparats Glyphosat abgelaufen ist, produziert BAYER diesen Wirkstoff inzwischen selbst und hält hierzu zehn eigene Patente. Zum Beispiel beschreibt das Patent mit der Nummer EP 1994158 ein Verfahren zur Glyphosat-Resistenz, mit dem BAYER Ansprüche auf gleich 23 Pflanzenarten anmeldet, darunter Mais, Weizen, Gerste, Soja und Reis, verschiedene Bäume und sogar Gras. Das bis zum Jahr 2027 gültige Patent stammt ursprünglich von der US-Firma ATHENIX, die im Jahr 2009 von BAYER übernommen wurde.

GREENPEACE-Landwirtschaftsexperte Dr. Dirk Zimmermann kritisiert das Forschungsprogramm des Unternehmens scharf: „Die Patent-Politik von BAYER offenbart, dass der Konzern nichts aus den verheerenden Erfahrungen mit glyphosat-resistentem Saatgut gelernt hat. Anstatt das Praxis-Versagen herbizid-resistenter Pflanzen anzuerkennen, werden weiterhin Scheinlösungen auf Kosten von Umwelt und Landwirten geplant. Mittelfristig werden auch diese scheitern und im besten Fall nur den finanziellen Interessen von

Konzern und Aktionären gedient haben.“ Im August 2011 erhielt BAYER eine EU-Importzulassung für glufosinat-resistentes Soja der Sorte A5547-127, auch bekannt als „BASTA-Bohne“ (benannt nach dem Glufosinat-Handelsnamen BASTA). Diese Art soll vor allem in Südamerika angebaut und als Tierfutter nach Europa importiert werden.

Nur wenige Monate zuvor hatte der Konzern auf die BASTA-Bohne ein bis 2026 geltendes Patent erhalten. Dieses verleiht dem Konzern zudem noch das exklusive Recht, Saatgut auf Kontaminationen mit dieser gentechnisch veränderten Soja-Sorte zu testen, was dazu dienen könnte, unabhängige Kontrollen zu verhindern.

Eine gegen Glufosinat resistente Pflanze war auch für den bislang größten Kontaminationsskandal der Gentech-Geschichte verantwortlich: Im Jahr 2006 war genveränderter Reis der Sorte LL601 weltweit in Supermarkt-Packungen aufgetaucht, obwohl hierfür keinerlei Zulassung vorlag. Rund 30 Prozent der US-amerikanischen Ernte war verunreinigt, die EU und Japan stoppten alle Reis-Importe aus Nordamerika. Im vergangenen Jahr musste BAYER die betroffenen LandwirtInnen mit über 900 Millionen US-Dollar entschädigen.

Und bis heute ist LL601 nicht aus der Welt und wird öfters in konventionellem Handelsreis nachgewiesen.

### Terminator-Patente

Seit Jahrtausenden erzeugen LandwirtInnen eigenes Saatgut. Hierdurch züchteten sie Pflanzen-Sorten, die optimal an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind. Den großen Saatgut-Herstellern ist diese Eigenproduktion naturgemäß ein Dorn im Auge. Den perfidesten Schachzug, den freien Nachbau von Saatgut zu unterminieren, unternahmen die Agro-Riesen mit der so genannten Terminator-Technologie: mit Hilfe eines gentechnischen Eingriffs werden die Pflanzen nach einer einmaligen Aussaat steril. Die FarmerInnen sind so gezwungen, jedes Jahr neues Saatgut zu kaufen.

Alle großen Agrokonzerne forschen an Terminator-Saatgut und haben hierzu Patente angemeldet. Durch die Übernahme der HOECHST SCHERING AGREVO GmbH (später AVENTIS) besitzt auch der Leverkusener-Multi eine Reihe von Terminator-Patenten. Diese tragen Titel wie „Verfahren zur Herstellung weiblich steriler Pflanzen“ oder „DNA-Sequenz, die als Terminator-Region in chimären Genen zur

Foto: Tepco

Schilddrüsenkrebs Jod Bequerel  
 Super-GAU Radioaktivität Nahrungskette  
 Fukushima Dai-ichi  
 Desinformation Fall-out Kontamination  
 Gesundheitsfolgen

[www.fukushima-disaster.de](http://www.fukushima-disaster.de)  
**Fukushima-Newsletter:**  
[ippnw.de/aktiv-werden/newsletter-abonnieren.html](http://ippnw.de/aktiv-werden/newsletter-abonnieren.html)

IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. | Körtestr. 10 | 10976 Berlin | kontakt@ippnw.de  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de) | Spendenkonto: 22 22 210 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin | BLZ 100 205 00

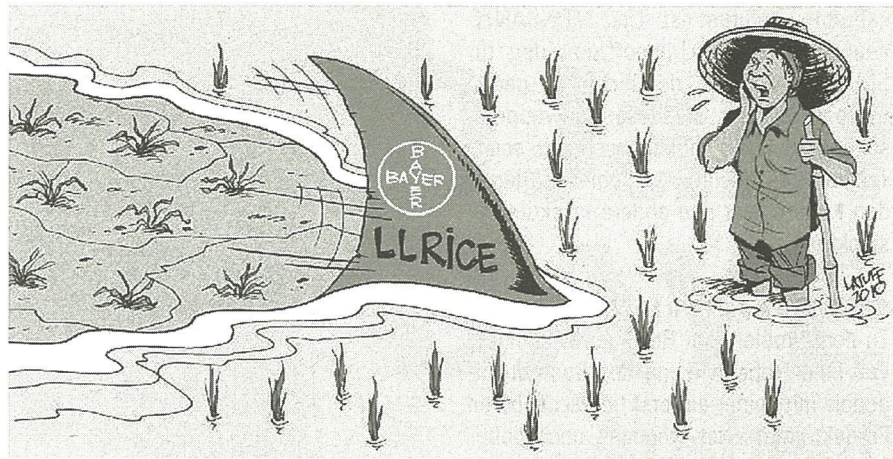


Transformation von Pflanzen eingesetzt werden kann“.

Zwar kommen Terminator-Pflanzen bislang nicht zum Einsatz, da seit dem Jahr 2000 im Rahmen der „UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt“ ein Moratorium besteht. Dieses ist jedoch rechtlich nicht bindend. Wiederholt gab es Versuche, das Verbot aufzuweichen. Ein solcher Schritt wäre eine immense Bedrohung für die biologische Vielfalt und für die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen, die ausschließlich von der Landwirtschaft leben – vor allem in den „Entwicklungsländern“. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und Umweltinitiativen aus aller Welt fordern daher ein dauerhaftes Verbot der Technik. Auch entsprechende Patente müssen nach Ansicht der Verbände aberkannt werden.

**Patent-Tausch**

Trotz der Vielzahl von Patenten und Kooperationen beruht das Gentechnik-Programm von BAYER im Wesentlichen auf nur zwei Techniken: zum einen herbizid-resistentes Saatgut, das in Kombination mit den Pestiziden Glufosinat oder Glyphosat verkauft wird, zum anderen Pflanzen, die das giftige Bakterium Bacillus



thuringiensis (Bt) enthalten und dadurch Insekten abtöten.

Beide Verfahren sind schon seit den 90er Jahren auf dem Markt. Wegen der Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt müssen Glufosinat und Glyphosat nach Ansicht der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sofort vom Markt genommen werden. Darüber hinaus sind beide Techniken wegen der zunehmenden Resistenzbildung allenfalls noch ein paar Jahre wirksam und daher kaum zukunftstauglich.

Wegen dieser Entwicklung hat BAYER in den vergangenen Jahren zahlreiche

Tausch-Abkommen mit anderen Unternehmen geschlossen, unter anderem mit MONSANTO, DUPONT, SYNGENTA und DOW. Die Firmen verwenden nun auch Verfahren der Konkurrenz und bieten Saatgut an, das gegen zwei oder gar drei Herbizide immun ist. So wurde im vergangenen Jahr eine Soja-Sorte vorgestellt, die gegen Glufosinat, Glyphosat und 2,4-D tolerant ist (2,4-D war Teil des Entlaubungsmittels „Agent Orange“). Anfang März kündigten BAYER und SYNGENTA die Markteinführung einer weiteren Soja-Sorte an, die ebenfalls gegen drei Wirkstoffe – Mesotrion, Glufosinat und Iso-

*Konzern-Willkür beenden!*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

**Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.**

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.  
Je mehr Menschen informiert werden,  
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008

**30 Jahre CBG**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

**Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich**  **Zusatzexemplare**

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 3,00 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

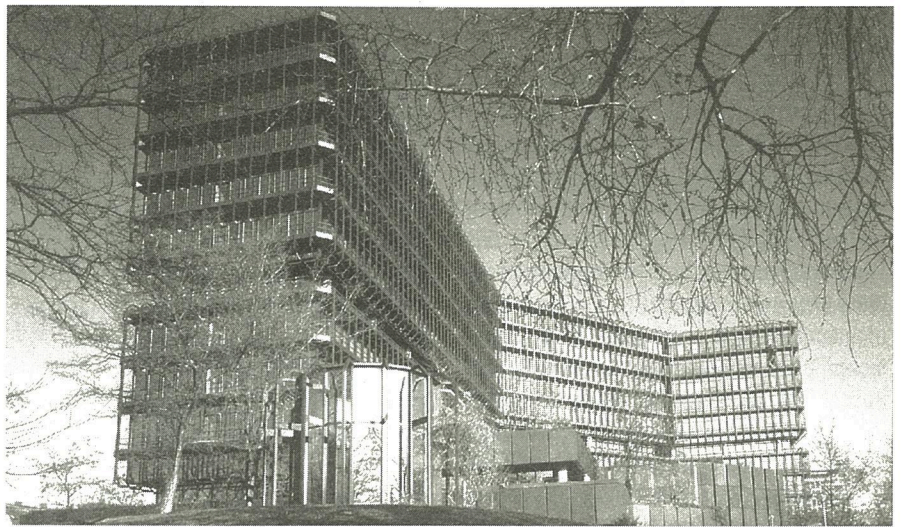
xaflutol – tolerant ist. Und MONSANTO beantragte eine EU-Importzulassung für SMARTSTAX-Mais, der nicht nur gegen Glufosinat und Glyphosat gewappnet, sondern darüber hinaus noch mit sechs Toxinen des *Bacillus thuringiensis* gegen den Maiszünsler und andere Insekten bestückt ist.

### Non-Genpatente

Zu dem Problem der Resistenz-Bildungen, das eine Nebenwirkung des Saatgut-Oligopols mit seiner äußerst überschaubaren Produkt-Palette ist, kommen noch politische Schwierigkeiten hinzu. So gelang es BAYER & Co. nicht, die Skepsis der europäischen VerbraucherInnen gegenüber der „Zukunftstechnologie“ zu erschüttern. BASF hat sogar schon resigniert und die ganze Gentech-Forschung in die USA verlegt.

Darüber hinaus haben sich die mit den gentechnischen Eingriffen verbundenen Prophezeiungen nicht erfüllt. Weder wurden die Erträge signifikant gesteigert, noch wurde der Pestizid-Einsatz reduziert. Aus all diesen Gründen setzt BAYER wieder verstärkt auf konventionelle Züchtungsarten, ohne jedoch die Gentechnik abzuschreiben. Da sich die herkömmliche Züchtung aber nur rentiert, wenn der Konzern dafür Rechte auf geistiges Eigentum geltend machen kann, versucht er, auch dafür Patente zu erhalten – mit Erfolg. So erteilte das EPA dem BAYER-Konzern im August 2011 ein bis 2024 gültiges Patent auf die Züchtung von Pflanzen mit einer erhöhten Stress-Resistenz (Patent EP1616013), das im Zusatz auch erbgutmanipulierende Technologien umfasst. Hierdurch erhält BAYER Monopolrechte über wichtige Nutzpflanzen, auch wenn diese nicht einzeln genannt werden (in der Patentschrift heißt es hierzu schlicht „transgene und mutierte Pflanzen“). Unter Stress-Resistenz fallen demnach Trockenheit, hohe Lichtintensität, Hitze oder knappe Nährstoffe.

Rund 100 der 2.000 vom Europäischen Patentamt vergebenen Pflanzenpatente beziehen sich auf solche konventionellen Züchtungen. Gängig ist auch die Praxis, in



Das Europäische Patentamt in München

herkömmlich entwickelte Pflanzen zusätzlich eine Genmanipulation einzufügen, da auf diese Weise leichter ein Patent zu erhalten ist. Mit der Erteilung solcher Patente segnet das EPA dann die Umwidmung gezüchteter Pflanzen in eine „Erfindung“ und die Monopolisierung der genetischen Ressourcen ab.

Damit hat das internationale Patentwesen eine weite Entwicklung durchgemacht. Ursprünglich hatten sowohl das Straßburger Patent-Übereinkommen von 1963 wie auch das 1977 beschlossene Europäische Patent-Übereinkommen Eigentumsansprüche auf „im Wesentlichen biologische Verfahren“ ausgeschlossen. Züchtungen von Tieren oder Pflanzen bzw. ganzen Tierarten und Pflanzen-Sorten galten nicht als schützenswerte Erfindungen, weil Lebensprozesse nicht zur Handelsware verkommen sollten. Nach dieser Lage der Dinge hätte jedoch aus der Gentechnik kaum ein lukrativer Wirtschaftszweig werden können. Also setzten die Lobby-Verbände von BAYER & Co. mittels akrobatischer juristischer Winkelzüge alles daran, die Paragraphen so auszulegen oder zu verändern, dass sie ihnen „Geniale Geschäfte“ ermöglichten. Der Durchbruch gelang ihnen 1980, als ein US-Patentamt ein Bakterium urheberrechtlich schützte. Ein Bakterium sei einer unbelebten chemischen Verbindung weit ähnlicher als Pferden, Bienen oder Himbeeren, argumentierte die Behörde. Danach ging es zügig weiter. So gelang es der Harvard University 1988, sich die so genannte Krebs-Maus als geistiges Eigentum deklarieren zu lassen, woraufhin sie sogleich einen Lizenz-Vertrag mit DUPONT schloss. Und heutzutage gewährt das EPA sogar schon Schutzrechte auf konventionell gezüchtete Pflanzen.

Aber es gibt einen kleinen Hoffnungsschimmer. Auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschloss der Deutsche Bundestag eine Änderung des deutschen Patentgesetzes. Es schließt nunmehr das Recht auf geistiges Eigentum an konventionell gezüchteten Tieren und Pflanzen aus. Die Novelle lässt zwar einige Hintertürchen offen, und tangiert auch die Praxis des Europäischen Patentamts nicht. Christoph Then von KEIN PATENT AUF LEBEN! begrüßt sie dennoch: „Von der heutigen Abstimmung geht ein wichtiges Signal aus. Es herrscht bei allen Parteien im Bundestag Einigkeit darüber, dass wir dem Zugriff der Konzerne auf unsere Lebensgrundlagen klare Grenzen setzen müssen. Allerdings müssen wir auch in Zukunft über die Formulierung der Gesetze weiter streiten – das gilt sowohl für Deutschland als auch für die europäische Ebene.“

#### erteilte Patente am Europäischen Patentamt 1980-2012

1 BAYER	206
2 DUPONT-PIONEER	179
3 BASF	144
4 SYNGENTA	135
5 MONSANTO	119
6 DOW	20

#### Agrogentechnik: Zahl der Patentanträge 1980-2012

1 DUPONT-PIONEER	1454
2 BASF	1273
3 SYNGENTA	961
4 MONSANTO	811
5 BAYER	771
6 DOW	228

Mehr als  
**100.000**  
Zugriffe  
wöchentlich.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

# JAHRESTAGUNG 2013

**JETZT ANMELDEN**

# 150 Jahre BAYER

**Ausbeutung  
Umwelt-  
zerstörung  
Kriegstreiberei**

Samstag, 2. November  
9.30 - 18.00 Uhr  
Umweltzentrum  
Düsseldorf  
Eintritt frei – Spende erbeten



Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 02 11 - 33 39 11, Fax 02 11 - 26 11 220

- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2013 mit ..... Personen  
(bitte auch die Namen und Adressen eventueller weiterer Personen angeben / ggfs. auf separatem Blatt)  
Ich bin Fördermitglied  Ja  Nein
- Ich spende für die Jahrestagung 2013 ..... Euro (bitte Lastschrift ausfüllen)
- Ich möchte Fördermitglied werden mit einem Jahresbeitrag von mindestens 60 Euro .....  
(bitte Lastschrift ausfüllen)  
Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.
- Bitte schickt mir weitere Informationen.



Das T-Shirt zur 150-Jahr-Kampagne

- Ja, ich bestelle zum Preis von 15 Euro zzgl. 3 Euro Porto/Versand  
T-Shirt(s) .....
- (Farbe nur orange)
- M  L  XL  
(Größe bitte ankreuzen)  
Bitte Lastschrift ausfüllen.

Name / Vorname \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Str. / Nr. \_\_\_\_\_ PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_ Kto.-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

email \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_



Merkel & Co. bei BAYER-Feier

# Ergebnheitsadressen

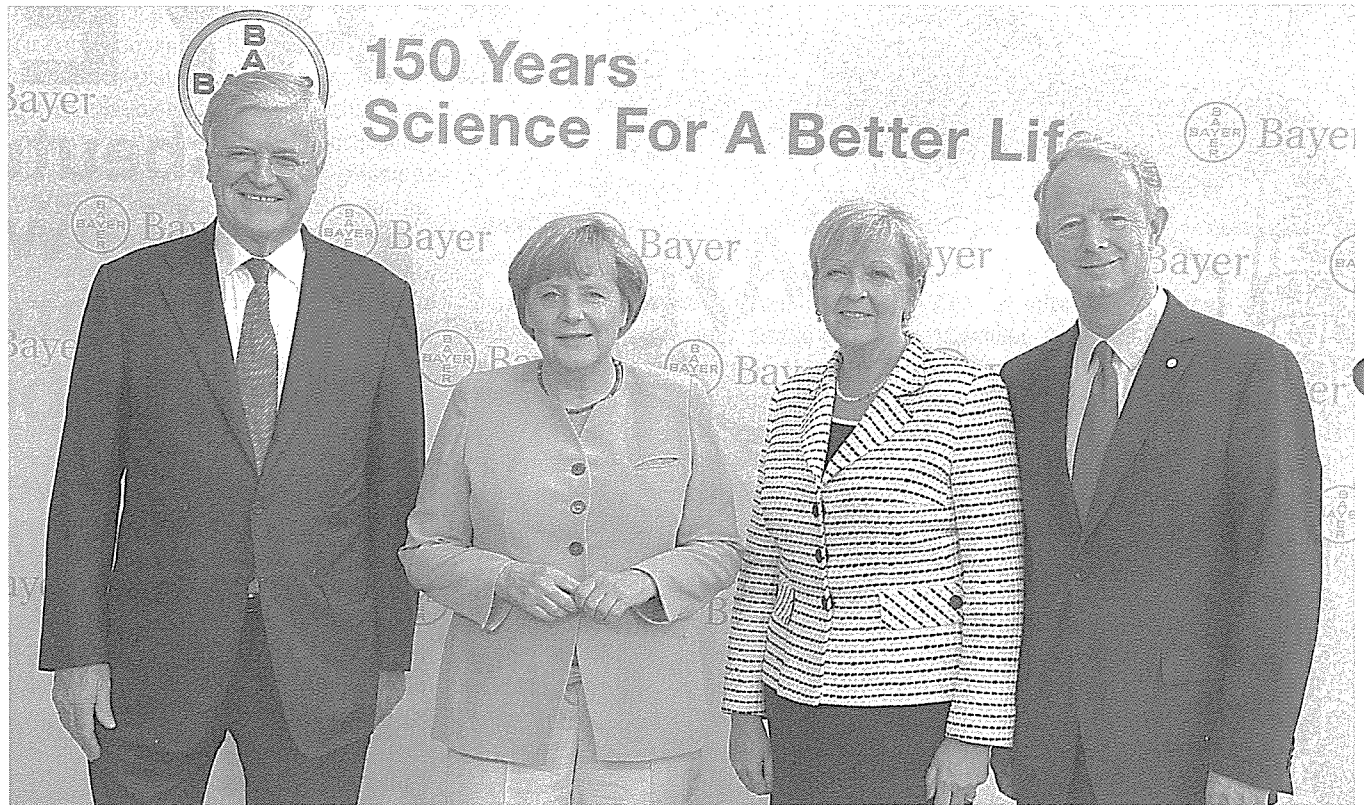
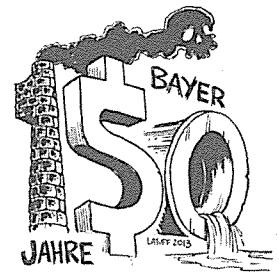


Foto: BAYER

Über 230 Jahre „Kapitalismus - koste es, was es wolle“

Zum 150. Firmen-Jubiläum brachten Bundeskanzlerin Angela Merkel und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft BAYER ihre Geburtstagsständchen. Dabei lobten sie den Konzern nicht nur „über den Klee“, wie die Nachrichtenagentur dpa befand, sondern hatten zudem noch ein besonderes Geschenk im Gepäck. Sie versicherten dem Konzern, sich bei der EU in Brüssel für den Erhalt der Ausnahmeregelungen zur Ökosteuern einzusetzen, die den großen Stromverbrauchern Millionen Euro an Energiekosten erspart. Standesgemäß versuchte der Leverkusener Multi auch sonst, Profit aus seinem Namenstag zu ziehen und begleitete ihn mit einer Unmenge von Werbe-Aktionen. „Wir wollen das Jubiläum nutzen, um den Namen BAYER auf der ganzen Welt noch bekannter zu machen“, hatte der oberste Öffentlichkeitsarbeiter Michael Schade als Devise ausgegeben.

Von Jan Pehrke

„Der BAYER-Konzern (...) hat eine beeindruckende Geschichte“, meint Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zum unfeierlichen Anlass des 150-jährigen Firmen-Jubiläums hatte die Politikerin Mitte Juli 2013 ihren wöchentlichen Podcast dem Leverkusener Multi gewidmet und ihm bescheinigt, „pars pro toto für die gesamte chemische Industrie“ zu stehen. Auf der

großen Geburtstagsparty in den Kölner Messehallen setzte sie ihre Laudatio dann fort und beschrieb die Unternehmenshistorie exakt aus der Perspektive der Chef-Etage als die Ausgeburt eines unermüdlischen ForscherInnen-Dranges. „Die Tinte, mit der diese Erfolgsgeschichte geschrieben wurde, ist Innovation“, konstatierte Merkel. Darüber hinaus bestätigte sie

dem Global Player, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung und Umweltbewusstsein vorbildlich miteinander in Einklang zu bringen. Und zum Abschluss ihrer Rede bedankte sich die Kanzlerin „dafür, dass BAYER mit seinem BAYER-Kreuz das ist, was es heute ist: ein weithin leuchtendes Aushängeschild Deutschlands“.

Eine ähnliche Ergebnisadresse steuerte die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bei. Aber die beiden Damen zeigten sich der Aktien-Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten gewogen. „Die Landesregierung will dazu beitragen, dass BAYER sich in Nordrhein-Westfalen wohlfühlt“, betonte Kraft. Ihre CDU-Kollegin zählte derweil all die kleinen Aufmerksamkeiten der Bundesregierung für BAYER & Co. auf: die Gesundheitswirtschaftskonferenz, das Rahmenprogramm „Gesundheitsforschung“, die Nationale Forschungsstrategie „Bioökonomie 2030“ und die erhöhten Bildungs- und Forschungsausgaben. „Wir arbeiten also an Rahmenbedingungen, unter denen Sie bei BAYER und andere Unternehmen im weltweiten Wettbewerb bestehen können“, resümierte die Bundeskanzlerin.

### Ein besonderes Geschenk

Und dann brachten Merkel & Kraft dem Konzern noch ein besonderes Geschenk mit. Hatte ein BAYER-Sprecher sich noch kurz vor der großen Feier über die Pläne der EU beklagt, die sich auf 4,7 Milliarden Euro belaufenden Ökosteuer-Rabatte für die Industrie als unerlaubte Subventionen einzustufen und gewarnt: „Ohne die Sonderregelung für energieintensive Unternehmen könnten wir am Standort Deutschland nicht wettbewerbsfähig produzieren“, so versprachen die Politikerinnen in der Kölner Messehalle sogleich Abhilfe. „Deshalb – ich habe darüber mit der Ministerpräsidentin vor dieser Veranstaltung noch einmal gesprochen – werden wir auch in Brüssel entschieden dafür kämpfen, dass die Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie weiterhin Gültigkeit haben, denn sie sind eine Voraussetzung für weltweite Wettbewerbsfähigkeit“, versicherte Angela Merkel dem Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers.

Vergeblich hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) Angela Merkel vor der Veranstaltung in einem offenen Brief aufgefordert, auch auf die Teile der BAYER-Geschichte zu sprechen zu kommen, die der Konzern in seinen eigenen Publikationen verschweigt. Aber weder die Produktion von chemischen Kampfstoffen oder die willige Hilfe für den NS-Staat noch die Pestizid-Vergiftungen oder die Schadstoff-Emissionen fanden in ihrer Rede Erwähnung. „Die beiden Top-Gratulantinnen übertrafen sich hinsichtlich des Lobs für den Konzern gegen-

seitig“, urteilte der *Kölner Stadtanzeiger* und sogar die Nachrichtenagentur dpa konstatierte, Merkel und Kraft hätten den Pharma-Riesen „über den Klee“ gelobt. Mit dieser Demuthaltung stellten die beiden sich in die lange Tradition von PolitikerInnen unterschiedlicher Couleur, die stets in Treue fest zur Chemie-Industrie standen und immer wieder gerne zu Gast bei Freunden waren. So weihte Gerhard Schröder im Jahr 2000 BAYERS neues Pharma-Zentrum in Wuppertal ein und schützte die Branche wie heuer Angela Merkel vor drohender Unbill aus Brüssel. Erfolgreich bewahrte er BAYER & Co. vor einer umfassenden Einbeziehung in den Emissionshandel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten. Auch die Chemikalien-Richtlinie, die den Unternehmen auferlegte, vorher niemals untersuchte Substanzen auf ihre Gefährlichkeit hin zu testen, weichte er auf. Und bei seiner Unternehmenssteuer-„Reform“ verließ der SPD-Politiker sich gleich auf einen Mann vom Leverkusener Multi. BAYERS ehemaliger Finanzchef Heribert Zitzelsberger wechselte als Finanzstaatssekretär nach Bonn und konzipierte das Gesetz, das den Konzernen Einsparungen in Milliarden-Höhe bescherte. Schröders Vorgänger Helmut Kohl hatte sogar Stallgeruch. Der CDULer begann als Chemie-Praktikant bei BASF, arbeitete lange als Referent der rheinland-pfälzischen Abteilung des „Verbandes der Chemischen Industrie“ und blieb diesem Industrie-Zweig auch in seiner Politiker-Zeit stets verbunden.

### Dekkers' Rundumschlag

Den Grundstein für BAYERS symbiotische Beziehung zur Macht hatte der ehemalige Generaldirektor Carl Duisberg schon in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts gelegt. „Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik ... Was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld“, hielt er fest und konstatierte: „Alle Schwierigkeiten lassen sich nur überwinden durch planmäßige Beeinflussung.“ Die Methoden haben sich inzwischen etwas geändert, aber ganz im Sinne des Altvorderen nutzte auch der jetzige BAYER-Boss Marijn Dekkers das öffentliche Interesse an dem Jubiläum zu einer solchen „planmäßigen Beeinflussung“. In seiner Geburtstagsrede geißelte er die Hindernisse, auf die der „Forscher-Geist“ von BAYER & Co. hierzulande angeblich oft stoße. Dabei hatte er wohl nicht zuletzt die „geniale Erfindung“, giftiges Kohlenmonoxid per Pipeline 67 Kilo-

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
31. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
http://www.CBGnetwork.org  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank, Konto-Nr. 3199991  
BLZ 830 944 94, IBAN DE58 830 944 000 31 99 991  
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

### Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matheus-Preis“ geehrt.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Dr. Angela Spelsberg/Leiterin Tumorzentrum/Aachen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

meter weit quer durch Nordrhein-Westfalen zu leiten im Sinn, der die Bevölkerung entlang der Trasse einen erbitterten Widerstand entgegenbringt. „Manchmal habe ich das Gefühl, dass so lange über die Risiken gesprochen wird, bis die Chancen komplett vertan sind“, meinte der Große Vorsitzende. Darüber hinaus monierte der Ober-BAYER, dass Erfindungen aus Deutschland häufig im Ausland statt im Inland zur Produkt- und Marktreife gelangen. „Können wir uns es wirklich leisten, dass die Wertschöpfung woanders stattfindet“, fragte Dekkers rhetorisch und schlussfolgerte: Wir müssen in den kommenden Jahren noch einen Zahn zulegen.“ In Interviews spitzte er diese Aussagen dann noch einmal zu und holte zu einem Rundumschlag aus. „Die Deutschen sind sehr, sehr konservativ. Man will Fortschritt, ohne etwas zu wagen, ohne etwas aufzugeben“, sagte er dem *Handelsblatt*. Nicht einmal an seinem runden Geburtstag konnte der Leverkusener Multi ganz einfach nur feiern, das zeigte sich auch jenseits solcher Einlassungen immer wieder. Standesgemäß wollte er aus dem Jubiläum Kapital schlagen und demonstrierte auf diese Weise, was ihn statt des immer wieder gerne in den Vordergrund gestellten Forscherdranges wirklich an-

treibt: die Jagd nach Profit. „Wir wollen das Jubiläum nutzen, um den Namen ‚BAYER‘ auf der ganzen Welt noch bekannter zu machen“, das hatte der Konzern-Kommunikationschef Michael Schade als Devise für das Jahr 2013 ausgegeben. Und so schickte das Unternehmen ein riesiges Luftschiff auf die Reise zu den einzelnen Standorten und konzipierte eine Schau rund um seine Leitmaxime „Science For A Better Life“, bei der sich zu jedem Buchstaben des „Claims“ scheinbar Wissenswertes zum Chemie-Multi finden ließ. Des Weiteren veranstaltete der Global Player in Berlin eine große Schau mit Werken aus seiner Kunstsammlung. Und an die wissenschaftliche Community denkt er ebenfalls: Für den Herbst kündigt der Gen-Gigant ein Symposium an.

**Familien-Aufstellung**

„Ein weiterer Fokus liegt auf der Einbindung und Aktivierung der 110.000 Mitarbeiter“, hält das Marketing-Fachmagazin *BlachReport* fest. Zu diesem Behufe spielte der Konzern am „Celebration Day“ sogar einmal „verkehrte Welt“. In Leverkusen stellte sich BAYER-Chef Marijn Dekkers persönlich hinter die Theke des BAYER-Kasinos und bediente die Beschäftig-

ten. Auch ein Geschenk hatte der Multi für seine Belegschaftsangehörigen parat. Er bedachte sie mit einer Goldmünze, welche die Prägung „150 Jahre BAYER“ trägt. Allerdings hatte die Großherzigkeit Grenzen. So wollte die Aktien-Gesellschaft die KollegInnen der 60-prozentigen BAYER-Tochter CURRENTA leer ausgehen lassen. „Was das Geschenk angeht, so wurde entschieden, dass in Deutschland alle BAYER-Mitarbeiter ein Geschenk erhalten, die im Jubiläumsjahr 2013 bei BAYER bzw. einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft von BAYER arbeiten“, erklärte der Global Player. Die Unternehmen der CURRENTA-Gruppe hätten dagegen zahlreiche eigene Regelungen und eigene Identitäten, die unabhängig von BAYER bestünden, legte er dar. Die Entscheidung des Pharma-Riesen löste einen Proteststurm aus. Deshalb lenkte er schließlich doch noch ein und beschenkte auch seine verstoßenen Kinder. Der Vorfall zeigte, wie wenig der Konzern nach all den Jahren der profit-getriebenen Ausgliederungen und Umstrukturierungen selber noch weiß, wer überhaupt noch ganz, wer nur teilweise und wer gar nicht mehr zu ihm gehört. Trotzdem oder gerade deshalb inszenierte der Multi die Jubiläumsparty am 29. Juni in der Bayarena als



**ROTE HILFE e.V.**

**Solidarität organisieren – Mitglied werden!**

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der

Arbeiter\_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



**ROTE HILFE e.V.**  
 Bundesgeschäftsstelle  
 Postfach 3255  
 37022 Göttingen  
 bundesvorstand@rote-hilfe.de  
 www.rote-hilfe.de

**Spendenkonto:**  
 Rote Hilfe e.V.  
 Konto-Nr: 19 11 00 - 462  
 BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund  
 IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62  
 BIC: PBNKDEFF

die ganz große Familien-Zusammenführung. „Wir sind BAYER“, lautete das Motto des Mega-Events mit 30.000 ZuschauerInnen, welche das Stadion allerdings nicht ganz ausfüllen konnten. David Garrett hatte das Unternehmen als Stargast eingekauft. Guido Cantz und Anke Feller vom WDR moderierten die Show und baten EhrenämterInnen, Geburtstagskinder und Paare, die sich beim Leverkusener Multi gefunden hatten, auf die Bühne. Höhepunkt des Events sollte die Formierung des BAYER-Kreuzes durch die BesucherInnen werden. So richtig eindrucksvoll geriet diese Familien-Aufstellung jedoch nicht, denn der Konzern-Schriftzug und die Losung „Science For A Better Life“ waren schon vorgegeben. Die Menschen hatten sich lediglich in den freien Segmenten dazwischen einzufinden und ihre Kärtchen mit den Konzern-Farben Grün und Blau hochzuhalten.

Wie es um das an diesem Tag viel beschworene Wir-Gefühl wirklich steht, formulierte ein BAYER-Pensionär in der WDR-Dokumentation „Die BAYER-Story“. Verbittert vor allem von den Kürzungen im Sportvereinsbereich, klagte er: „Das Unternehmen BAYER war ein Familien-Unternehmen, und das ist es heute nicht mehr. Heute ist es eine Holding-Gesell-

schaft geworden, die kauft und verkauft.“ Und zwar nicht nur Produkte, sondern auch Menschen, resümierte der ehemalige BAYER-Werker bitter.

Anders als Angela Merkel und Hannelore Kraft beleuchtete der Film die Unternehmensgeschichte kritisch und folgte darin der Linie nicht weniger Medien. Er brachte die Rolle des Konzerns im Faschismus ebenso zur Sprache wie seine Umweltsünden und gefährlichen Produkte. Als Kronzeugin für die dunklen Kapitel diente die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Axel Köhler-Schnura, der Aktivist der ersten Stunde, berichtete von den spektakulären Bootsprotesten auf dem Rhein gegen die Einleitung von Chemikalien in den Fluss und ordnete den Widerstand in eine lange Tradition ein, die beinahe ebenso alt ist wie die Firma selbst.

**Lob der Kritik**

Davon konnte sich in der Sendung dann auch der BAYER-Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning nicht ganz unberührt zeigen. „Ich glaube auch, dass sicherlich einiges, was von unseren externen Kritikern gekommen ist, bestimmte Abläufe noch einmal beschleunigt hat“, sagte er mit Verweis auf die Behebung der größten

Umweltsünden wider Wasser, Boden & Luft. Aber es handelte sich dabei dann doch um mehr als eine kleine Starthilfe, wie Axel Köhler-Schnura erläuterte: „Kein einziger Filter ist freiwillig eingebaut, keine einzige Umweltmaßnahme ist freiwillig, weil die nur Geld kostet und den Profit schmälert. Alles ist immer durch öffentlichen Druck erzwungen.“ Und dieser dürfte nach den Darlegungen Dekkers' zum Wirken eines Chemie-Konzerns auch weiterhin nötig sein. „Wenn man neue Moleküle erfindet, dann macht man das, um irgendwie die Natur zu beeinflussen (...) Wenn man versucht, Pflanzen besser wachsen zu lassen, damit die Insekten die Pflanzen nicht aufessen, dann beeinflusst man die Natur. Und mit etwas Positivem kommt vielleicht auch etwas Negatives“, sagte der Vorstandsvorsitzende in „Die BAYER-Story“. Die Kunst sei dann, das Negative zu kontrollieren und das Positive wirklich nach vorne zu bringen, so Dekkers. Und gerade diese Kunst der Kontrolle beherrscht der Leverkusener Multi auch nach 150 Jahren noch nicht. Das zeigt nicht zuletzt das ständige aktualisierte Sündenregister, das die Coordination alle zwölf Monate zu den BAYER-Hauptversammlungen präsentiert.


# Besitzen Sie Bayer-Aktien?

**Informationen abfordern, jetzt!**

*Kritische BAYER-AktionärInnen • Coordination gegen BAYER-Gefahren*  
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fon 0211 - 333911 • Fax 0211 - 333940  
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.\*



<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte mehr Informationen. <input type="checkbox"/> Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr <input type="checkbox"/> Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll betragen ..... Euro im Jahr (mind. 5 Euro monatl.) Bitte abbuchen <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich <input type="checkbox"/> halbjährlich <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> Ja, ich spende ..... Euro <input type="checkbox"/> Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td colspan="2">Name, Vorname</td></tr> <tr><td colspan="2">Straße, Nr.</td></tr> <tr><td colspan="2">PLZ, Ort</td></tr> <tr><td colspan="2">Fon/Fax</td></tr> <tr><td colspan="2">Konto-Nr.</td></tr> <tr><td colspan="2">Bankleitzahl</td></tr> <tr><td colspan="2">Geldinstitut</td></tr> <tr><td>Datum/Unterschrift</td><td>Beruf</td></tr> <tr><td colspan="2">Geburtsjahr</td></tr> </table> <p style="font-size: 0.8em; margin-top: 5px;">*für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Liste schriftl. ausfüllen. eMail</p>	Name, Vorname		Straße, Nr.		PLZ, Ort		Fon/Fax		Konto-Nr.		Bankleitzahl		Geldinstitut		Datum/Unterschrift	Beruf	Geburtsjahr	
Name, Vorname																			
Straße, Nr.																			
PLZ, Ort																			
Fon/Fax																			
Konto-Nr.																			
Bankleitzahl																			
Geldinstitut																			
Datum/Unterschrift	Beruf																		
Geburtsjahr																			

150 Jahre BAYER

# Von Aspirin bis Zyklon B



Arbeiter vor dem Barmener BAYER-Werk 1863

2013 begeht der BAYER-Konzern sein 150-jähriges Dienst-Jubiläum. Zu feiern gibt es allerdings nichts, denn seit 1863 verfolgt er nur ein Ziel: Profit zu machen, koste es, was es wolle. Und es kostete viel: Der Leverkusener Multi brachte die AnwohnerInnen mit seinen Gift-Ausstößen schon kurz nach seiner Gründung gegen sich auf, im Ersten Weltkrieg „erfand“ er das Giftgas und das ZwangsarbeiterInnen-System, im Zweiten Weltkrieg unterhielt er in Auschwitz ein firmen-eigenes KZ und auch nach 1945 ging er bisweilen über Leichen.

Von Philipp Mimkes

Am 1. August 1863 gründeten der Kaufmann Friedrich Bayer und der Färber Friedrich Weskott in Wuppertal-Barmen die Firma „Friedr. Bayer et comp“. Mit zunächst drei Mitarbeitern hat das Unternehmen Farbstoffe für die boomende Textilindustrie produziert. Erst kurz zuvor war in England die Gewinnung synthetischer Farbstoffe aus Teer entwickelt worden. Da die deutschen Länder die auslän-

dischen Patente missachteten, schossen überall Teerfarben-Fabriken aus dem Boden. Fast alle deutschen Chemie-Unternehmen – neben BAYER auch BASF, HOECHST und AGFA – haben daher ihren Ursprung in der Herstellung von Farbstoffen. Rasch setzte ein Konzentrationsprozess ein, den nur wenige Betriebe überlebten. BAYER baute schon nach wenigen Jahren eine größere Fabrik in Wuppertal-

Elberfeld und wurde 1881 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zum Ende des Jahrhunderts hatte die Firma bereits mehrere tausend Beschäftigte. In dieser Zeit wurden zwei Drittel aller Farbstoffe weltweit von deutschen Firmen erzeugt. Noch im 19. Jahrhundert eröffnete BAYER die ersten Auslandsrepräsentanzen, zunächst in Russland, Lateinamerika und den USA, später auch in China und Japan. Auch



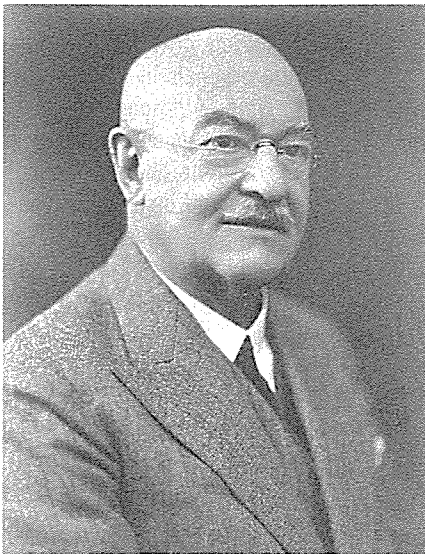


Foto: BAYER

Carl Duisberg

die ersten Pharmaprodukte, Pestizide und Photochemikalien stellte das Unternehmen her.

1884 trat der 22-jährige Chemiker Carl Duisberg in die BAYER AG ein. Bis zu seinem Tod im Jahr 1935 sollte er die Geschichte der Firma und die der chemischen Industrie insgesamt maßgeblich mitbestimmen. Duisberg baute zunächst ein leistungsfähiges Pharmaforschungslabor auf. Eine der ersten Entwicklungen war das Schmerzmittel ASPIRIN, das 1899 auf den Markt kam. In seinen Festschriften feiert der Konzern das Präparat heute als „Jahrhundertpharmakon“ – vollkommen zu Recht. Doch ASPIRIN ist nur das eine neue Medikament, das BAYER zu einem der führenden Pharma-Anbieter machte. Das andere Wundermittel verschweigt die Unternehmensgeschichte wohlweislich, obwohl es zum wirtschaftlichen Aufstieg mindestens ebenso viel beitrug: HEROIN. Das „Beruhigungsmittel bei Husten“ wurde ebenfalls ab 1899 angeboten.

Im Jahr 1900 startete BAYER für die beiden Präparate einen bis dahin nie dagewesenen Werbefeldzug. Auf dem ganzen Globus wurden Anzeigen geschaltet, ÄrztInnen wurden erstmals flächendeckend mit Gratisproben versorgt, und Niederlassungen von Brasilien bis China brachten die Präparate bis in die entlegensten Gebiete. HEROIN wurde für eine breite Palette von Krankheiten beworben, darunter Multiple Sklerose, Asthma, Magenkrebs, Epilepsie und Schizophrenie. Als WissenschaftlerInnen auf das Suchtpotential des pharmazeutischen Tausendsassas hinwiesen, forderte Carl Duisberg, die Querulanten „mundtot zu schlagen“. Und weiter: „Wir dürfen nicht dulden, dass in der Welt behauptet wird, wir hätten unvor-



Protest gegen Dünnsäure-Verklappung

sichtigerweise Präparate poussiert, die nicht sorgfältig probiert sind.“ Der sensationelle Erfolg verschaffte Duisberg am 1. Januar 1900 den Vorstandsposten bei BAYER.

### Ab 1863 Umweltprobleme

Schon der Aufbau der Chemie-Industrie führte zu großen Umweltschäden. Bereits im 19. Jahrhundert sah sich die Firma mit ersten Protesten und Klagen konfrontiert. So legten 23 Barmener AnwohnerInnen Einspruch gegen die Konzessionen für Friedrich Bayer ein. Sie befürchteten „Schäden an Gesundheit und Vegetation“ durch die Produktion von Zinn- und Eisenbeize (Salz- und Salpetersäure), Indigokarmin und Blaupulver. Im Sommer 1864 musste das erst im Jahr zuvor gegründete Unternehmen die ersten Entschädigungen leisten. Immer mehr Beschwerden kamen in der Nachbarschaft auf, die Höhe der Abfindungssummen wuchs. Die Firmenleitung reagierte mit einem ersten Umzug des Werks nach Wuppertal-Elberfeld.

Dort gingen die Probleme jedoch weiter, besonders wegen der Entsorgung giftiger Produktionsabfälle. Fabrik-Revisionen im Jahr 1872 zeigten, dass BAYER es mit den Konzessionsauflagen nicht sonderlich genau nahm, was erneut zu Geldstrafen und sogar einem Eingreifen des Elberfelder Bürgermeisters führte. Eine Auseinandersetzung um austretende Dämpfe beschäftigte sogar das Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin. Einen Höhepunkt erreichten die Proteste im Juni 1889, als sich 66 AnwohnerInnen mit einem Schreiben an die Königliche Regierung wandten. Der Historiker Ralf Henneking vermutet, das Unternehmen sei vor behördlichen Inspektionen gewarnt worden, weswegen

die Strafzahlungen zum Ende des Jahrhunderts zurückgingen.

Durch die Tal-Lage der Wuppertaler Fabrik waren die Erweiterungsmöglichkeiten für die Produktionsstätte begrenzt. Darum trieb die Unternehmensleitung ab 1895 den Bau des Leverkusener Werks voran. Auch hier gab es zunächst Konflikte mit NachbarInnen und Behörden. So reichten AnwohnerInnen Beschwerden gegen die Errichtung von Salz- und Schwefelsäureanlagen ein, da sie durch die Abgase Gefahren für ihre Gesundheit kommen sahen. In drei weiteren Fällen kam der Einspruch von seiten der Stadt Köln, die eine Schädigung für ihr Stadtgebiet befürchtete. Einige NachbarInnen zogen ihre Einwendungen jedoch freiwillig zurück, wahrscheinlich nach diskreten Geldzahlungen. Für die Landbesitzer wurde es ohnehin lukrativer, von den deutlich gestiegenen Grundstückspreisen zu profitieren, so dass BAYER nach und nach eine Fläche von fünf Quadratkilometern aufkaufen konnte. 1912 verlegte der Konzern den Firmensitz schließlich ganz nach Leverkusen.

### Verschmutztes Wasser

Von Anfang an versuchte die Firma BAYER, die Ausgaben für die Reinhaltung von Luft und Wasser zu minimieren. So kam



**Mehr als 100.000 Zugriffe wöchentlich.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org) →

eine Untersuchung der preußischen Regierung aus dem Jahr 1876 zu dem Ergebnis, dass die Wupper im Raum Barmen-Elberfeld „meistens einem Tintenstrom“ gleiche. Und Leverkusen wählte das Unternehmen dann auch nicht zuletzt deshalb als neuen Standort, weil der Rhein deutlich größere Mengen chemischer Abwässer aufnehmen konnte. Die ersten Genehmigungen für die Abwasser-Einleitung in den Rhein enthielten jedoch noch die Bedingung, dass das Wasser frei von schädlichen oder übelriechenden Beimengungen und möglichst rein sein müsse. Diese Vorschrift hielt BAYER jedoch nicht ein: Die Abwässer reagierten stark sauer. Die Unternehmensleitung versprach daraufhin, eine Abwasserkommission zu bilden und eine Selbstkontrolle vorzunehmen. Stattdessen gab sie jedoch ein Gutachten in Auftrag. Mit dessen Erstellung betraute die Chef-Etage den Chemie-Professor Curt Weigelt, einen langjährigen Lobbyisten der chemischen Industrie. Weigelt bezeichnete die Verunreinigung des Rheins denn auch als „unvermeidlich“; eine vorwärtsstrebende Industrie müsse die Kosten für die Abwasserreinigung so niedrig wie möglich halten und könne ohne das staatliche Zugeständnis

einer „größeren Opferstrecke“ nicht auskommen. Carl Duisberg ergänzte, technische Maßnahmen zur Abwasserreinigung seien eine „Vergeudung von Nationalkapital“. Er trat deshalb für die „Freiheit der fließenden Welle“ ein und forderte eine unbeschränkte industrielle Nutzung des Rheins. Auf Grundlage des Gutachtens teilte die Unternehmensleitung dem zuständigen Landrat mit, dass die Auflagen nicht erfüllt werden könnten. Dieser akzeptierte das Resultat und sah davon ab, BAYER die Konzessionen zu entziehen.

Teile der damaligen Genehmigung haben Auswirkungen bis in die Gegenwart: So entnimmt allein das Leverkusener Werk jährlich rund 85 Millionen Kubikmeter Grundwasser – das ist mehr als das benachbarte Köln an Trinkwasser braucht. Während die Städte Köln und Düsseldorf mit hohem Kostenaufwand Wasser aus Rheinufer-Filtrat gewinnen müssen, nutzt BAYER das weit sauberere Grundwasser. Aufgrund der alten „Wasserrechte“ musste das Unternehmen bis vor wenigen Jahren hierfür nicht einmal Abgaben leisten, weswegen Investitionen in wassersparende Technologien weitgehend unterblieben.

### Sprengstoff und Giftgas

Im Ersten Weltkrieg griff die deutsche Chemieindustrie erstmals in den Lauf der Weltgeschichte ein. Aufgrund der englischen Seeblockade versiegte der Nachschub von Chile-Salpeter, der für die Produktion von Sprengstoff unabdingbar war. Eine für den Herbst 1914 geplante Offensive musste abgeblasen werden. Zur Entschärfung der Lage richtete die Oberste Heeresleitung eine Salpeter-Kommission ein. Ende 1914 gaben Carl Bosch von der BASF und Carl Duisberg den Militärs das „Salpetersprechen“ und sicherten die Bereitstellung großer Mengen Ammoniumnitrat zu. Im Gegenzug erhielten die Firmen langfristige Abnahme-Garantien und Darlehen in Millionenhöhe. Schon im Frühjahr 1915 konnte die Salpeterproduktion aufgenommen werden, die Industrie hatte dadurch nach ihren eigenen Worten „den Krieg gerettet“. Allein für das im April 1917 in Betrieb genommene Ammoniak- und Salpeterwerk in Leuna wurden Reichskredite in Höhe von 432 Millionen Mark gewährt. Diese wurden sogar zurückgezahlt – allerdings erst 1923 auf dem Höhepunkt der Hyperinflation. Historisch wichtig ist auch die Rolle von BAYER bei der Ausbeutung von Zwangs-

100 Bücher mit den wichtigsten Filmen des Widerstands seit 1967

## BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDS

**NEUE BÜCHER ZUM  
40. JAHRESTAG DES  
PUTSCHES IN CHILE 1973  
22 STUNDEN FILMATERIAL IN  
15 DOKUMENTARFILMEN**



**BAND 28: Salvador Allende und die Unidad Popular**  
ca. 230 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

**BAND 29: Diktatur und Widerstand in Chile**  
u.a. mit dem „Chile-Zyklus“ von Walter Heynowski und  
Gerhard Scheumann, ca. 200 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

**BAND 30: Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile**  
ca. 200 Seiten, 29,90 €, im Abo 19,90 €

Jetzt abonnieren und nur  
19,90 € pro Mediabook zahlen:  
[www.jungewelt.de/bdwi](http://www.jungewelt.de/bdwi)

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

[www.laika-verlag.de](http://www.laika-verlag.de)

**LAIKA**  
Verlag

arbeiterInnen. Während des Ersten Weltkriegs, im Herbst 1916, beklagte Carl Duisberg den Mangel an Arbeitskräften und forderte mit dem Ausspruch „öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien“ den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen. Das Reichsamt des Inneren griff den Vorschlag auf und ließ rund 60.000 BelgierInnen deportieren. Diese zeigten jedoch aktiven und passiven Widerstand und streikten sogar. Duisburg wollte dem mit Zwangsmaßnahmen beikommen und plädierte dafür, die Arbeitsmöglichkeiten und die Lebensmittel im besetzten Belgien zu rationieren, um die „Arbeitslust“ der BelgierInnen in Deutschland zu steigern. Aber es half alles nichts, das Vorhaben scheiterte größtenteils. Nichtsdestotrotz diente es später als Blaupause für das ungleich mörderischere ZwangsarbeiterInnen-Programm im Zweiten Weltkrieg.

Zur selben Zeit entwickelte BAYER chemische Kampfstoffe. Carl Duisberg war bei den ersten Chlorgas-Versuchen auf dem Truppenübungsplatz in Köln-Wahn persönlich anwesend und pries den Chemie-Tod: „Die Gegner merken und wissen gar nicht, wenn Gelände damit bespritzt ist, in welcher Gefahr sie sich befinden und bleiben ruhig liegen, bis die Folgen eintreten.“ Darum forderte er vehement einen Test unter Praxis-Bedingungen: „Die einzig richtige Stelle aber ist die Front, an der man so etwas heute probieren kann und auch für die Zukunft nicht sobald wieder Gelegenheit hat, so etwas auszuprobieren. (...) Ich kann deshalb nur noch einmal dringend empfehlen, die Gelegenheit dieses Krieges nicht vorübergehen

zu lassen.“ Kurz darauf erfolgte am 22. April 1915 der erste Chemiewaffen-Einsatz durch das deutsche Heer während der Offensive im belgischen Ypern. Ebenfalls dort verwendete das Militär am 13. Juli 1917 das noch grausamere Senfgas. Insgesamt geht die Forschung von 60000 Toten des von Deutschland begonnenen Gaskrieges aus. Und unter Duisbergs Leitung entwickelten die BAYER-Forscher noch weitere Kampfstoffe: das weit giftigere Phosgen („Grünkreuz“), das bis heute als Vorprodukt von Kunststoffen produziert wird.

### Gründung der IG FARBEN

Die Krönung des Lebenswerks von Carl Duisberg war die 1925 erfolgte Gründung der IG FARBENINDUSTRIE AG, des damals größten europäischen Konzerns und – nach STANDARD OIL – zweitgrößten der Welt. Der Zusammenschluß umfasste BAYER, BASF, HOECHST und einige kleinere Firmen. Duisberg wurde erster Aufsichtsratsvorsitzender. Spätestens ab 1930 leistete die IG FARBEN direkte Spenden an die NSDAP. Im Sommer 1932 schloss der langjährige Assistent Duisbergs, Heinrich Gattineau, mit Adolf Hitler und Rudolf Heß den „Benzinpakt“. Das Unternehmen sicherte dem auf Autarkie setzenden Parteichef die unbegrenzte Lieferung von Treibstoffen zu. Im Gegenzug erhielt die Firma nach 1933 Absatz-Garantien für synthetischen Treibstoff und Kautschuk („Buna“). Das dafür notwendige Verfahren der aufwendigen Kohlehydrierung war auf dem Weltmarkt bis dahin nicht konkurrenzfähig und damit eine gi-

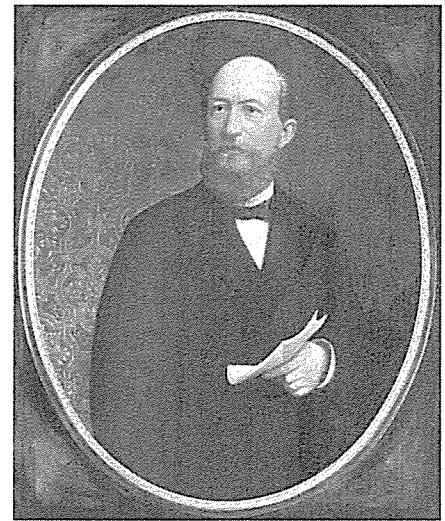
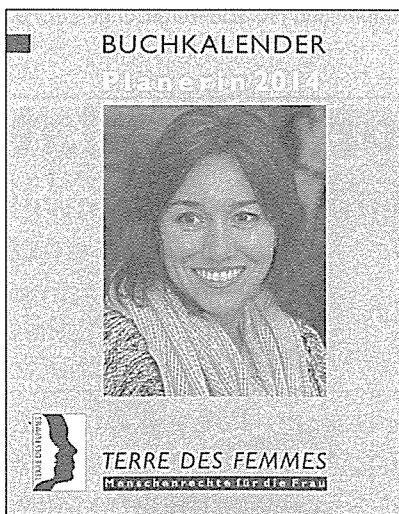


Foto: BAYER

Firmengründer Friedrich Bayer

gantische Fehlinvestition des Konzerns. Nur durch das Abkommen mit den Nazis konnte es sich schließlich amortisieren. In den folgenden Jahren kollaborierte kein anderes Unternehmen so eng mit dem Nazistaat wie die INTERESSENGEMEINSCHAFT FARBEN. Der 1936 verordnete Vierjahresplan zur Umstellung auf eine Kriegswirtschaft basierte größtenteils auf Vorschlägen der Firma; in der neu geschaffenen Vierjahresplanbehörde arbeiteten hauptsächlich deren Vertreter. Der Konzern war denn auch eng in den faschistischen Eroberungskrieg eingebunden. Er folgte der Wehrmacht in die eroberten Länder Europas nach und übernahm meist innerhalb weniger Wochen die dortige Chemieindustrie, Kohlegruben und Ölquellen. Als Teil der IG FARBEN beteiligte sich BAYER während des Krieges an den größten Verbrechen der Menschheitsge-



## Planerin 2014

### Buchkalender für Frauen

- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Frauenprojekte
- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Stabile, verdeckte Ringbindung
- Praktischer Einschub-Umschlag
- Anhang mit Adressen, Terminen, ...
- Herausnehmbares Adressbuch
- Erhältlich bei TERRE DES FEMMES  
ISBN: 978-3-936823-22-6
- Preis 13,- €



#### TERRE DES FEMMES

Menschenrechte für die Frau e.V.  
Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei

Brunnenstraße 128, 13355 Berlin  
Tel.: 030.40 50 46 99-0  
info@frauenrechte.de · www.frauenrechte.de

schichte. So lieferte die DEGESH, eine Tochterfirma des Firmen-Konglomerats und von DEGUSSA, das Zyklon B für die Gaskammern. Zudem wurden im Auftrag der IG in Buchenwald und Auschwitz tödliche Experimente an Häftlingen durchgeführt, besonders mit Impfstoffen.

Der Konzern unterhielt in Auschwitz sogar sein eigenes Konzentrationslager und ließ sich von den SklavenarbeiterInnen eine riesige neue Fabrik errichten. Den Aufbau des benachbarten Vernichtungslagers Birkenau unterstützte die Firma finanziell und logistisch. Wie eng der Austausch von IG FARBEN und KZ-Leitung war, belegt ein Zitat von Otto Ambros, Vorstandsmitglied des Technischen Ausschusses: „Unsere neue Freundschaft mit der SS wirkt sich sehr segensreich aus. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des KZ gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.“ Zur Behandlung der ZwangsarbeiterInnen ordnete Vorstandsmitglied Christian Schneider an: „Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen soviel Arbeitsleistung herauszuholen als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen.“ Die durchschnittliche Lebenserwartung der ArbeitssklavInnen betrug nur neun Monate. Im konzern-eigenen Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz kamen rund 30.000 ZwangsarbeiterInnen ums Leben. Ohne die IG FARBEN hätte Auschwitz zweifellos nicht seine unvergleichliche Bedeutung als größtes Todeslager der Geschichte erlangen können.

**Entnazifizierung**

1952 zerlegten die Alliierten die IG FARBEN in ihre ursprünglichen Bestandteile. Die BAYER AG erhielt die Werke am Niederrhein und ein Stammkapital in Höhe von 388 Millionen D-Mark. Zuvor hatte sich im Rahmen der Nürnberger Prozesse ein eigenes Verfahren mit den Verbrechen der chemischen Industrie beschäftigt. Die zunächst sehr gründlichen Ermittlungen wurden jedoch wegen des aufkommenden Kalten Kriegs immer halbherziger geführt. Zudem hatte die IG FARBEN ab 1944 systematisch belastende Unterlagen vernichtet. Das Urteil benannte aber alle Verbrechen des Konzerns: „a) die Rolle der IG bei dem Sklavenprogramm des Dritten Reiches, b) die Verwendung von Giftgas



Moskauer BAYER-Verwaltung 1902

Foto: BAYER

bei der Ausrottung von Konzentrationslagerinsassen, c) die Lieferung von giftigen Chemikalien der IG für verbrecherische medizinische Versuche an versklavten Personen, d) die unmenschliche Handlungsweise der Angeklagten in Zusammenhang mit dem Werk Auschwitz der IG.“ Dennoch wurden die Manager lediglich zu Haftstrafen von maximal acht Jahren verurteilt. Schon 1951 waren alle wieder auf freiem Fuß und konnten ihre Karriere fortsetzen. So wurde Fritz ter Meer, der den Aufbau des Werks Auschwitz mitorganisiert hatte, nach seiner Haft Aufsichtsratsvorsitzender der BAYER AG. Für die ArbeitssklavInnen brachte er auch im Nachhinein wenig Mitgefühl auf: Ihnen sei „kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnedies getötet hätte“. Der Leverkusener Multi benannte später sogar eine Studienstiftung nach ihm und legte auf seinem Grab lange Zeit Kränze nieder. Auch heute noch regt sich beim Konzern kein Unrechtsbewusstsein. So wird in der von BAYER herausgegebenen Festschrift „Meilensteine“ die „Ver-

strickung“ der IG FARBEN in den Faschismus schlicht als „Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben“ bezeichnet.

**Rascher Wiederaufstieg**

BAYER, BASF und Hoechst wurden zwar formal aufgespalten, stimmten aber ihre Geschäfte über Jahrzehnte hinweg eng miteinander ab. So glückte in vielen Bereichen die Rückkehr an die Weltspitze; der Umsatz des Leverkusener Multis stieg kontinuierlich auf heute 40 Milliarden Euro an. Er behauptete sich vor allem in den Segmenten Pestizide, Kunststoffe und Pharma und jüngst auch im Bereich Saatgut/Gentechnik. Den Verkauf von Basischemikalien, Fotoprodukten und Farbstoffen hingegen gab er im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte auf.

Trotzdem verbleiben zahlreiche hochproblematische Produkte im Sortiment des Pharma-Riesen. So schätzt die Weltgesundheitsorganisation WHO die Zahl der jährlichen Pestizid-Vergiftungen auf bis zu





## grünes blatt

**Zeitschrift für Umweltschutz von unten**

- Energiekämpfe
- Herrschaftskritik
- Mensch-Tier-Verhältnis

---

EINZELABO 15€ / 4 AUSGABEN  
 IOER-ABO 60€ / 4 AUSGABEN  
 GRATIS-PROBEEEXEMPLAR  
 MAIL@GRUENES-BLATT.DE

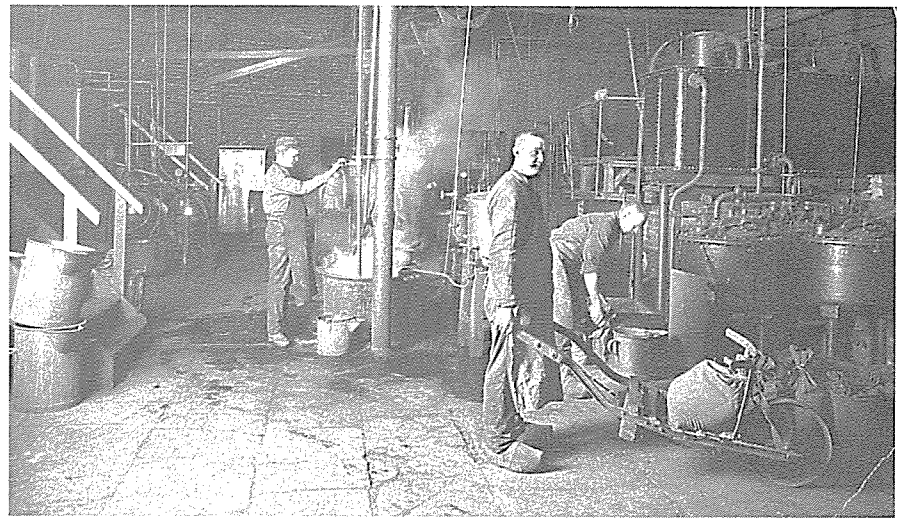


Der etwas andere Hustensaft

20 Millionen, rund 200.000 davon verlaufen tödlich. Für einen großen Teil der Fälle sind BAYER-Substanzen verantwortlich. Mit einem Weltmarktanteil von rund 20 Prozent ist die Firma der zweitgrößte Hersteller von Agro-Chemikalien. Obwohl das Unternehmen einräumt, dass „der sachgerechte Umgang mit Pflanzenschutzmitteln unter bestimmten Bedingungen in einigen Ländern der Dritten Welt nicht immer gewährleistet ist“, verkauft es weiterhin hochgiftige Wirkstoffe vor allem in so genannten Entwicklungsländern.

### Pestizide aus Giftgas

Historisch gesehen stammen die meisten Agrogifte aus der Giftgas-Forschung. Dr. Gerhard Schrader, der während des Faschismus in den Wuppertaler BAYER-Laboren Kampfgase wie Sarin und Tabun entwickelt hatte, sattelte nach dem Krieg um und übernahm die Leitung der Pestizid-Abteilung. Ganz an den Nagel gehängt wurde die Herstellung von Giftgas jedoch nicht: Während des Vietnamkriegs produzierte die von BAYER und MONSANTO



Phenacetin-Betrieb in Wuppertal 1888

TO gegründete Firma MOBAY das berühmte Entlaubungsmittel „Agent Orange“. Und auch im Pharma-Bereich ging der Konzern immer wieder über Leichen. So wurde in den 1980er Jahren etwa die Hälfte aller Bluter-Patienten weltweit mit HIV oder Hepatitis C infiziert, ein Großteil durch Produkte des Weltmarktführers BAYER. Bestehende HIV-Inaktivierungsverfahren setzte der Global Player aus Kostengründen jahrelang nicht ein. Nach dem Verbot unbehandelter Blutprodukte in den USA und Europa exportierte er die übrig gebliebenen Chargen nach Lateinamerika und Asien. Tausende Bluter bezahlten das mit ihrem Leben.

Jüngere Pharma-Skandale verbinden sich mit dem Cholesterinsenker LIPOBAY so wie mit Antibabypillen der YASMIN-Gruppe. LIPOBAY drückte der Multi trotz interner Warnungen auf den Markt, was über 100 Menschen das Leben kostete. Die Einnahme der Antibabypillen geht mit einem deutlich erhöhten Thrombose- und Schlaganfallrisiko einher. Allein in den USA starben über 100 Frauen.

Die beiden Pillen-GAUS zwangen den Leverkusener Multi, fast zwei Milliarden Euro für Entschädigungszahlungen aufzuwenden.

Zum 150jährigen Bestehen organisiert die Firma BAYER zahlreiche Festveranstaltungen mit prominenten Gästen (siehe S. 20). Ein eigens gebautes Luftschiff wirbt auf allen fünf Kontinenten für den Konzern. Auch eine Ausstellung schickte er von Leverkusen aus um die Welt.

Die Kehrseiten der Firmengeschichte klammern die zahlreichen Festschriften jedoch aus. Mitglieder der KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE mussten in der jüngsten Hauptversammlung darauf hinweisen, dass BAYER für Verbrechen wie Zwangsarbeit, Giftgaseinsatz und Pestizidvergiftungen mitverantwortlich ist. Der Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers bezeichnete den Hinweis jedoch als „schlichtweg abenteuerlich“. Das Unternehmen habe sich immer für Umweltschutz und zumutbare Arbeitszeiten eingesetzt, über die Geschichte werde „offen und transparent“ informiert.

Foto: BAYER

## B U C H T I P P

# Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

**G U T S C H E I N :**

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

Hamburg/Schleswig-Holstein
 Berlin/neue Bundesländer

Nordrhein-Westfalen
 Niedersachsen/Bremen

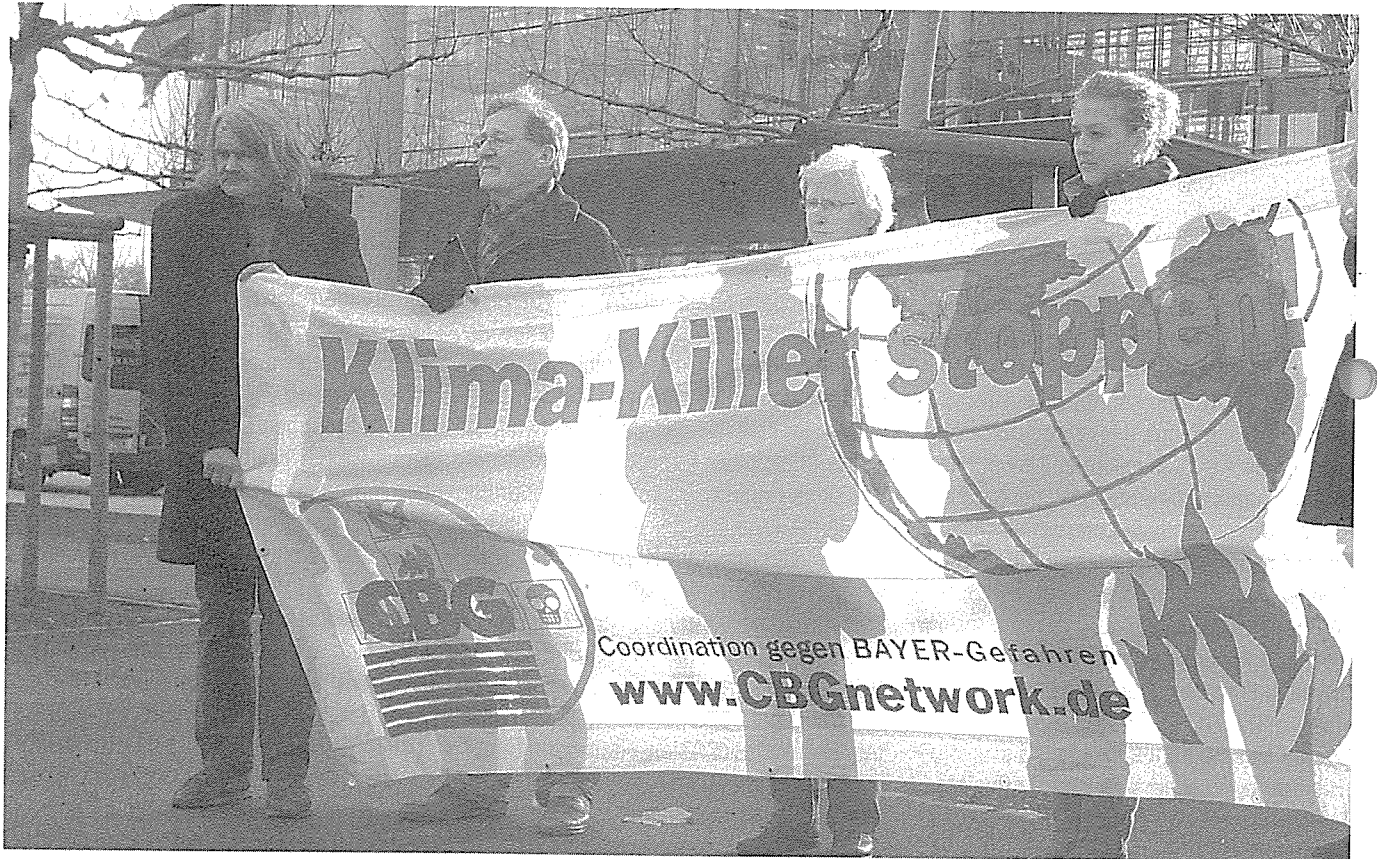
Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de  
service@gruenes-branchenbuch.de

Stichwort Bayer 62/13

Jetzt NEU für Hamburg, Schleswig-Holstein  
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

CO<sub>2</sub>-Handel am Ende

# Und ewig qualmen die Schlote



Protest vor der BAYER-Zentrale am Weltklimatag

„Ein wirtschaftliches Instrument, mit dem man Umweltziele erreichen will“ – als neoliberale Version des Klimaschutzes startete der Handel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten im Jahr 2005 und avancierte laut Faz schnell zum „Lieblingskind der Ökonomen“. Das sollte er auch bis heute bleiben, während sich ÖkologInnen nie recht mit ihm anfreunden konnten. Eine Lenkungswirkung in Form von Investitionen in sauberere Technologien zeigte er nämlich nicht, denn nur pro forma hatte der Ausstoß von CO<sub>2</sub> jetzt einen Preis. Und so blasen BAYER & Co. weiter unverdrossen Unmengen des klimaschädigenden Gases in die Luft. Entsprechend negativ fällt die Bilanz nach acht Jahren grüner Marktwirtschaft aus. „Das System liegt im Wachkoma“ resümiert Die Zeit.

Von Jan Pehrke

Es dauerte sehr lange, bis der Klimaschutz auf die politische Agenda gelangte. 1992 war es endlich so weit. Die Vereinten Nationen beschlossen in New York eine Klima-Rahmenkonvention. Fünf Jahre später folgten der Absichtserklärung konkrete Schritte. Im Kyoto-Protokoll einigten sich

über 200 Staaten auf verbindliche Vorgaben zur Reduktion der klimaschädigenden Kohlendioxid-Emissionen. Die Bundesrepublik als einer der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten verpflichtete sich, den Ausstoß des Gases im Zeitraum von 2008 bis 2012 um 21 Prozent gegenüber dem

Wert von 1990 zu senken, für die gesamte EU galt ein Richtwert von acht Prozent. Doch wie sollten die Länder das umsetzen? Zu schmerzhaften Eingriffen in die Geschäftspolitik der großen Konzerne konnte die Europäische Union sich nicht durchringen. Sie entschied sich vielmehr

für eine marktwirtschaftliche Lösung und entwickelte den Emissionshandel. Nach dessen Bestimmungen dürfen die Multis nur bis zu einem bestimmten Oberwert Kohlendioxid ausstoßen, für darüber hinausgehende Kontingente müssen sie Verschmutzungsrechte hinzukaufen. So wurde dann aus dem für die Erderwärmung sorgenden CO<sub>2</sub>-Gas eine ganz normale Ware mit einem bestimmten Preis, über dessen abschreckende Wirkung die StrategInnen hofften, die Unternehmen zu Investitionen in umweltschonendere Technologien zu bewegen. „Ein wirtschaftliches Instrument, mit dem man Umweltziele erreichen will“, jubilierte die *Faz* und erklärte den Ansatz zum „Lieblingskind der Ökonomen“.

Aber obwohl der neue Spross ein waschechter Homo oeconomicus war, vermochten BAYER & Co. keine zärtlichen Gefühle für ihn zu entwickeln. Wie bei jeder anderen umweltpolitischen Maßnahme auch, riefen sie routiniert ihre Weltuntergangsszenarien ab. „Ich befürchte, dass Umweltminister Trittin auf dem besten Wege ist, aus Deutschland eine weitgehend industrie-freie Zone zu machen“, wetterte BAYERS damaliger Vorstands- und heutiger Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning und kündigte an zu prüfen, „ob weitere Aktivitäten hierzulande unter diesen Bedingungen wirtschaftlich noch zu vertreten sind“. Und überhaupt: Der Leverkusener Multi betrachtete den Zusammenhang zwischen Kohlendioxid-Ausstoß und Klimawandel als „noch nicht bewiesen“. Bei bloßen Worten blieb es indes nicht. Die Chemie-Unternehmen starteten eine Anzeigen-Kampagne und schrieben

einen Offenen Brief an den damals amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder. Das alles verfehlte seine Wirkung nicht. „Ich werde nichts mittragen, was wirtschaftlichen Rückschritt bedeutet“, versicherte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) und wusste sich dabei mit dem „Genossen der Bosse“ einig. Nach Kräften nahmen sie dem Emissionshandel alles, was einen ökologischen Fortschritt hätte bedeuten können. So durften die Anlagen von BAYER & Co. draußen bleiben.

#### **Der vom Konzern veröffentlichte**

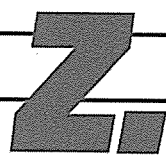
#### **Nachhaltigkeitsbericht hält fest:**

**„BAYER konnte in der ersten Handelsperiode (2005 – 2007) mit den zugeteilten Emissionsberechtigungen die eigenen Kraftwerke betreiben, ohne in nennenswertem Umfang Zertifikate zukaufen zu müssen.“**

ben. „Deutschland spricht sich entschieden dagegen aus, weitere Branchen, wie zum Beispiel die Chemie-Industrie, in den Teilnehmer-Kreis mit einzubeziehen“, bekannte Schröder im Jahr 2003 auf der Mitgliederversammlung des Europäischen Chemie-Verbandes CEFIC. Auch die Grenze des Erlaubten setzte die Bundesregierung für die erste Handelsperiode 2005-2007 immer höher, bis sie von 488 Millionen CO<sub>2</sub> auf 503 Millionen Tonnen stieg – und die Differenz von Soll- und Ist-Zustand nur noch 2 Millionen Tonnen betrug. Zudem zeigte sie sich bei der Zuteilung der Verschmutzungsrechte großzügig und gab den überwiegenden Teil umsonst ab.

Sogar das Einbeziehen umweltschonender „Vorleistungen“ in die Rechnung erreichten Schröder & Co. Da war ihnen der Dank der Branche gewiss. „Die jetzige Regierung hat uns sehr unterstützt“, hielt der „Verband der Chemischen Industrie“ fest, während die Umweltsachverständigen der Bundesregierung die Lenkungswirkung „in dramatischem Umfang abgeschwächt“ sahen und die endgültige Ausgestaltung des Emissionshandels als „ökologisch und ökonomisch unververtretbar“ bezeichneten.

Und das war sie in der Tat. Der Leverkusener Multi beispielsweise muss nur mit seinen Kraft- und Heizwerken auf den Emissionsmarkt, seine großen Produktionsanlagen bleiben verschont. Deshalb braucht die Aktionsgesellschaft bloß für rund 30 Prozent ihres Kohlendioxid-Ausstoßes Verschmutzungsrechte. Und die bekommt sie auch ohne größere Schwierigkeiten. „BAYER konnte in der ersten Handelsperiode (2005 – 2007) mit den zugeteilten Emissionsberechtigungen die eigenen Kraftwerke betreiben, ohne in nennenswertem Umfang Zertifikate zukaufen zu müssen“, konstatiert der Nachhaltigkeitsbericht von 2010. Auch in der zweiten Handelsperiode änderte sich daran nicht viel. Der Konzern schaffte es sogar, die Lizenzen zum Klima-Killern regelrecht zu horten und „Überschüsse zu erwirtschaften“. So erhielt er 2011 Zuweisungen für 2,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, verbrauchte aber „nur“ welche für 2,37 Millionen Tonnen. Von 2005 bis 2011 sammelten sich nach Recherchen der Initiative SANDBAG auf diese Weise Zertifikate für über eine Million



## **Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

Vierteljahreszeitschrift 24. Jahrgang, Nr. 95, September 2013, 224 Seiten

### **Wohnungsmarkt und Finanzspekulation**

Frieling – Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt / Unger – Finanzialisierung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft / Bell – Wohnungspolitik in Wachstumsregionen / Holm – Wohnen als soziale Infrastruktur / Ziehl – Leerstandsmelder Hamburg / Ehlers – Fehlgeschlagene Privatisierung Nassauische Heimstätten/ Schmid – Finanzkrise und Wohnraumprivatisierung: München

### **Aktuelle Gewerkschaftsprobleme**

Detje u.a. – „Wir können uns wehren – wir tun es nicht“ / George – Euro-Krise, Niedriglöhne und Geschlecht / Pickshaus u.a. – Arbeitspolitische Erweiterung der Arbeitszeitdebatte

**Marx-Engels-Forschung:** Pechmann – Wertsubstanz und Wertform **China-Studien:** Peters – Anmerkungen zu „Schönes Neues China“ / Geffken – Gewerkschaften in China **Und:** Deppe – Frühsozialistische Themen im „Hessischen Landboten“ / Schmidt – 1848 im geschichtspolitischen Widerstreit / Steven – Blockupy **Sowie:** Diskussion, Kritik, Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen **Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./ Fax 069 / 5305 4406

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

## Echo

S. G., US-amerikanischer Jura-Professor: Ich bin wirklich sehr beeindruckt von eurer Arbeit. Es ist nicht einfach, eine so große Lobby-Organisation wie den PhRMA (US-amerikanischer Pharma-Verband, Anm. SWB) zu bekämpfen (...) Bitte setzt eure Arbeit fort. Viel Glück für die nächste Hauptversammlung!

Der CIPROBAY-Geschädigte T. S. zur Veröffentlichung eines Artikels von einem Leidensgenossen in *SWB* 3/13): Erst einmal ein Lob von mir sowohl für die Übersetzung und Veröffentlichung von Jeffs Bericht als auch für euren unermüdlichen Einsatz gegen BAYERs Pharma-Diktatur. Was ihr macht, erfordert viel Durchhalte-Vermögen und Altruismus, und dafür zolle ich euch Respekt.

M. E. B.: Eure Arbeit finde ich sehr wichtig, und deshalb wünsche ich euch viel Erfolg bei der Suche nach einer sicheren Finanzierung. Kritische Arbeit ist eine gewaltige Aufgabe, und sehr oft fühlt man sich allein und entmutigt, es gibt aber keinen anderen Weg, wenn man ein Humanist ist.

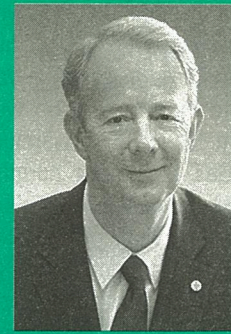
I. S.: Eure Aktivitäten verfolge ich laufend in *taz*, *Freitag* und *konkret* und wirke als Multiplikator im großen Familien- und Freundeskreis. Sicher falle ich damit einigen auf die Nerven, aber ich kriege laufend Rückkopplung. Macht weiter so, ihr werdet gebraucht!

N. N.: Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ist bisher bewundernswert mutig und ausdauernd gegen den BAYER-Konzern angetreten! Meinen herzlichen Dank und die besten Wünsche für einen sehr erfolgreichen Spenden-Eingang bzw. Mitglieder-Werbung!

Tonnen Kohlendioxid an, die nun noch für weitere Investitionen in die schmutzige Zukunft des Global Players bereitstehen. Entsprechend negativ für die Umwelt fällt die BAYER-Bilanz nach acht Jahren ökologischer Marktwirtschaft aus: Strebten 2005 7,76 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gen Himmel, so waren es 2012 bereits 8,36 Millionen Tonnen.

Auch bundesweit stiegen die Emissionen an. 2012 legten sie gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Millionen Tonnen auf 452,4 Millionen Tonnen zu und lagen damit nur knapp über dem für die zweite Handelsperiode festgelegten Limit von 451,8 Millionen Tonnen. Die anderen bundesdeutschen Unternehmen zogen sich nämlich ähnlich billig aus der Affäre wie der Pharma-Riese. Die viel zu großzügige Zertifikat-Ausgabe auf der Basis eines unambitionierten Reduktionszieles und eines zu optimistisch angesetzten Wirtschaftswachstums sowie das Zulassen eines Ablass-Handels mittels im globalen Süden geförderter Klimaschutz-Projekte haben die Verschmutzungsrechte für die Multis zur Ramschware werden lassen. Über die Grenze von 30 Euro kamen sie nie hinaus. Zwischenzeitlich kostete die Tonne Kohlendioxid bloß noch 2,50 Euro, und das Überangebot an Verschmutzungsrechten wuchs und wuchs. Mittlerweile beläuft es sich auf über zwei Milliarden Tonnen. Aufgrund dieser Entwicklung kam es am 18. Januar 2013 an der Leipziger Strombörse zu einem Schwarzen Freitag für die Umwelt. Der Bund musste mangels Interessenten die Versteigerung von über vier Millionen Zertifikaten absagen. Spätestens da war klar: Das als Symbol für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gefeierte Instrument taugt in dieser Form nicht dazu, den Klimawandel aufzuhalten. Es bietet keinerlei Anreiz, in umweltschonendere Technologie zu investieren. Stattdessen feiert mit der Kohle der schmutzigste aller Energieträger ein Comeback und steigt der Energieverbrauch der Industrie – er liegt heute klar über dem Wert von 1995. Darüber hinaus tragen die Verschmutzungsrechte-Auktionen nicht im gewünschten Ausmaß zur Finanzierung der Energiewende bei. Die dem „Energie- und Klimafonds“ der Bundesregierung zufließenden Einnahmen reichen nämlich nicht, um Projekte zum Klimaschutz wie z. B. Wärmedämmung- und Energieeffizienz-Maßnahmen ausreichend mit Geld zu versorgen. Da Schwarz-Gelb mit einem Tonnenpreis von 17 Euro kalkuliert hatte, fehlen im Budget 400 Mil-

## O-Ton BAYER



„Aber zur Innovation gehört auch Akzeptanz. Selbst die weitreichendsten Innovationen haben kaum eine

Chance, wenn die Gesellschaft sie nicht akzeptiert. Natürlich dürfen wir niemals mögliche Risiken außer Acht lassen. Aber manchmal habe ich das Gefühl, dass so lange über Risiken gesprochen wird, bis die Chancen komplett vertan sind.“

*BAYER-Chef Marijn Dekkers in seiner Fest-Rede zum 150-jährigen Jubiläums des Konzerns*

lionen Euro, weshalb nun ein Fünftel der Programme auf der Kippe steht.

„Das System liegt im Wachkoma“ resümierte deshalb *Die Zeit*. Einige Länder starteten Wiederbelebungsversuche und beschlossen Mindestpreise für die Zertifikate. Die Bundesregierung aber wollte es Großbritannien, Kanada, Australien und dem US-Bundesstaat Kalifornien nicht gleichtun. Die Untergrenzen wären „mit

**Zwischenzeitlich kostete die Tonne Kohlendioxid bloß noch 2,50 Euro, und das Überangebot an Verschmutzungsrechten wuchs und wuchs**

dem Grundansatz der Mengen-Steuerung nicht ohne weiteres vereinbar“, erklärten Merkel & Co. Für die Europäische Union jedoch bestand ebenfalls Handelsbedarf. Die Klimaschutz-Kommissarin Connie Hedegaard erarbeitete eine Vorlage, die beabsichtigte, dem Handel kurzzeitig 900 Millionen Tonnen Verschmutzungsrechte zu entziehen, um das Angebot an Lizenzen zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verknappen.

Die Reaktion der Konzerne darauf ließ nicht lange auf sich warten. Die Industrie recycelte ihr Weltuntergangsszenario, das sie zur Kampagne gegen die Einführung des Emissionshandels entwickelt hatte und nutzte es nun als propagandistisches Mittel zum Erhalt des Status quo. „Das





Emissionshandelssystem funktioniert“, dekretierte Ulrich Grillo, der Präsident des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ (BDI) und warf der EU-Kommission vor, die Wettbewerbsfähigkeit der Multis nicht wie in ihrem industriepolitischen Konzept vorgesehen zu stärken. „Dort genießen energie- und klimapolitische Ziele offenbar höhere, wenn nicht höchste Priorität – notfalls unter Inkaufnahme einer weiteren Erosion der industriellen Basis“, giftete er in Richtung Brüssel. Und der Leverkusener Multi brachte derweil seine jährlich mit 1,85 Millionen Euro alimentierten LobbyistInnen vor Ort in Stellung. Diese schritten gleich zur „fürsorglichen Belagerung“ der EU-ParlamentarierInnen und suchten die Abgeordneten in Gesprächen dazu zu bewegen, der „verzögerten Auktionierung von Emissionserlaubnissen“ nicht zuzustimmen. „Corporate Europe“, „Business Europe“ und andere Vereinigungen taten dann ein Übriges, um die politische Landschaft in der belgischen Hauptstadt zu pflegen. Und die Saat ging zunächst auf. Im April 2013 lehnte das EU-Parlament den Hede-gaard-Vorschlag mit knapper Mehrheit ab. Danach sprach sich allerdings der Umweltausschuss dafür aus, und im Juli

schließlich stimmten die Abgeordneten einer aufgeweichten Vorlage dann doch noch zu. Die endgültige Entscheidung über das so genannte Backloading trifft allerdings erst der Ministerrat im Herbst. Die Bundesregierung gab sich in der Frage bislang gespalten. Umweltminister Peter

**„Deutschland spricht sich entschieden dagegen aus, weitere Branchen, wie zum Beispiel die Chemie-Industrie, in den Teilnehmer-Kreis mit einzubeziehen“, bekannte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2003 auf der Mitgliederversammlung des Europäischen Chemie-Verbandes CEFIC.**

Altmaier (CDU) optierte für die Verknappung, Wirtschaftsminister Philipp Rösler lehnte diese ab. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt sich lange bedeckt, ehe sie eine eigene Position formulierte. „Die ganzen Annahmen, die dem CO<sub>2</sub>-Handel zugrunde liegen, stimmen nicht mehr“, konstatierte die Politikerin. Dass CDU und FDP, sollten sie die Wahl wieder gewin-

nen, künftig in Sachen „Verschmutzungsrechte“ etwas annehmen werden, was BAYER & Co. nicht genehm ist, steht allerdings nicht zu erwarten. Noch im Mai 2013 betonte Merkel nämlich, eine kurzfristige Verschärfung des Emissionshandels sei „gegen die geballte deutsche Wirtschaft“ nicht durchsetzbar. Und das christdemokratische Wahlprogramm gibt sich in dieser Frage ähnlich ehrerbietig. „Bestehende Schwächen am jetzigen Handelssystem wollen wir beheben und wirksame Anreize setzen, damit klimaschädliche Treibhaus-Gase vermieden werden können. Zugleich werden wir den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angemessen berücksichtigen“, kündigen die Christdemokraten an.

Auch in Zukunft wird sich der Emissionshandel also kaum zu einem wirksamen Mittel gegen den Klimawandel entwickeln. BAYER erwartet für die dritte Handelsperiode von 2013 bis 2020 zwar Kosten-Steigerungen, weil es die CO<sub>2</sub>-Lizenzen nicht mehr umsonst gibt, aber die Bundesregierung hat vorgesorgt und in den Haushalt für 2014 schon einmal 350 Millionen Euro für mögliche Ausgleichszahlungen eingestellt, falls sich

## ABONNIEREN SIE JETZT!

**STICHWORT BAYER** erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

## C O U P O N

Ich/wir abonniere für ..... € jährlich.  
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds ..... €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank

Kontonr.

BLZ

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Alter

Bitte zurücksenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren,

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,

Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

**CBG**

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)  
Coordination contre les dangers de BAYER  
Coordination against BAYER dangers  
Coordination contra los peligros de BAYER

**CBG bei der Arbeit**



Auf ihrem Weg zum Klimacamp ins Rheinische Braunkohle-Revier machte die „Reclaim Power“-Fahrrad-Tour am 22. August auch bei BAYER Station. Bei schönstem Sonnenschein war sie von Düsseldorf aus nach Leverkusen aufgebrochen – und verlor auf dem riesigen Firmen-Areal des Multis erst einmal die Orientierung. Aber schließlich fanden die RadlerInnen und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) doch zusammen und ließen sich – nach den heutzutage anscheinend unvermeidlichen klärenden Gesprächen mit der Polizei – gemütlich auf dem Rasen vor der Konzern-Zentrale nieder. Dort gab es beim kleinen Picknick auch geistige Nahrung. Axel Köhler-Schnura und Jan Pehrke hielten Kurz-Vorträge über BAYERS 150-jährige Firmen-Geschichte im Allgemeinen und die Klima-Sünden des Multis im Besonderen. Am späten Nachmittag ging es für die ReclamerInnen dann weiter nach Köln. Leider sollte es für die RadlerInnen in den nächsten Tagen noch weitere Zusammentreffen mit der Polizei geben, denn die Behörden versuchten, dem Klimacamp alle erdenklichen Steine in den Weg zu legen. Aber die Tour-TeilnehmerInnen trotzten der Repression und konnten das Camp in Mannheim und ihre Protestaktionen schließlich doch wie geplant durchführen.

die Strom-Rechnung der Konzerne merklich erhöhen sollte.

Nach Meinung des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Philip Mirowski war es dann auch nie Sinn der Übung, BAYER & Co. durch eine schwarze Umweltpädagogik zu braven Kohlendioxid-Drosselern zu erziehen. Für ihn kom-

**„Ein wirtschaftliches Instrument, mit dem man Umweltziele erreichen will“, jubilierte die Faz und erklärte den Emissionshandel zum „Lieblingskind der Ökonomen“.**

men die mageren Emissionseinspar-Ergebnisse alles andere als überraschend. „Meinen Sie nicht, dass sie das wissen? Die sind doch nicht blöd! Obwohl sie das ganze System erfunden haben, erwarten sie, dass es nicht funktioniert. Sie kaufen sich lediglich Zeit und gaukeln den Leuten vor, dass etwas gegen die Klima-Erwärmung getan wird“, sagte er in einem Faz-Interview.

KritikerInnen fordern wegen der ausgebliebenen Effekte schon länger, den Emissionshandel abzuschaffen und zu wirksameren Mitteln zu greifen. Einige von ihnen schlagen beispielsweise vor, die Kohlendioxid-Emissionen analog zur Abgas-Steuer direkt mit Abgaben zu belegen, um die Konzerne auf diese Weise energiewendiger zu machen. Die Partei „Die Linke“ brachte im Januar 2013 sogar schon ein „Kohleausstiegsgesetz nach dem Scheitern des EU-Emissionshandels“ in den Bundestag ein. Aber für solche Projekte sieht es nicht gut aus. Die Politik dürfte in Tateinheit mit der Industrie weiter auf ökonomische Instrumente zur Erreichung ökologischer Ziele setzen und die Erderwärmung damit weiter vorantreiben.

**Unsere MitstreiterInnen**



Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) wäre nicht denkbar ohne ihre vielen UnterstützerInnen. Einer von ihnen ist der Pfarrer Friedhelm Meyer, 1935 in Dinslaken geboren. Friedhelm vertritt die CBG gemeinsam mit seinen MitstreiterInnen von der SOLIDARISCHEN KIRCHE (SoKi) auf Kirchentagen, spricht regelmäßig auf den Hauptversammlungen und macht bei vielen Aktionen mit. Wie viele unserer MitstreiterInnen beschränkt Friedhelm sein politisches Engagement nicht auf die Coordination. „Nebenberuflich“ wirkte und wirkt er als wahrhafter Protestant an vielen anderen Stellen. So hisste er an seiner Pfarrstelle in Düsseldorf-Garath auf dem Kirchturm die Friedensfahne, kämpfte gegen Berufsverbote und nahm ChilenInnen in seiner Kirchengemeinde auf, die 1973 vor dem Militärputsch geflohen waren. Wegen solcher und anderer Aktionen erlangte er bald den Ruf eines „roten Pfarrers“, den er nicht abzuschütteln trachtete. Und auch nach seiner Pensionierung blieb er aktiv. Ein beeindruckendes Lebenswerk bis dato, für das Friedhelm Meyer 2011 den Düsseldorfer Friedenspreis erhielt.



**Arbeiterstimme Nr. 180 Sommer 2013, aus dem Inhalt:**

- ▶ Keine Schicksalswahl
- ▶ Die Demontage des Sozialstaates
- ▶ Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte
- ▶ Lateinamerika nach Chavez
- ▶ Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972
- ▶ Warum hat die DDR-Arbeiterschaft ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bestellungen:  
T. Gradl, Postfach 910307,  
90261 Nürnberg oder:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Die *Arbeiterstimme* erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut.

*Arbeiterstimme* Nr. 181  
erscheint Ende September 2013

# MITMACHEN

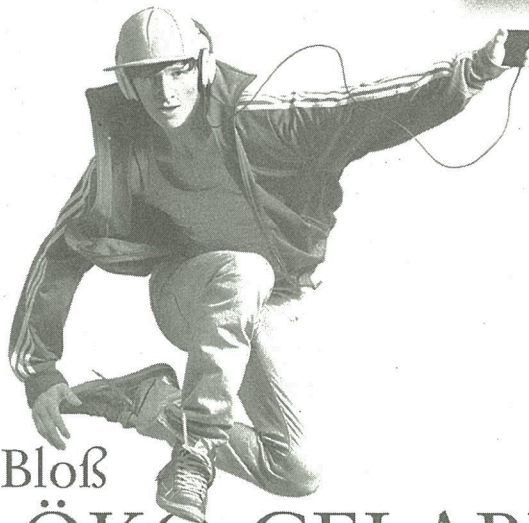
taz.

4 197795 105501 04  
Ausgabe 04 | 2013 5,50 Euro

zeo<sub>2</sub>  
Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft

**DAS NEUE HEFT  
JETZT AM KIOSK!**

zeo<sub>2</sub> • Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft • www.zeozwei.taz.de



Bloß  
**KEIN ÖKO-GELABER!**

Jugend heute: digital, konkret, umweltbewusst



**WILDE REPUBLIK  
DEUTSCHLAND**  
Mehr Urwald wagen



**ALBTRAUM  
PARKHAUS**  
Grau raus, bunt rein

zeo<sub>2</sub> erscheint viermal im Jahr.  
Ein Jahresabo kostet 22 Euro, eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.  
www.zeozwei.taz.de | zeo2abo@taz.de | T (0 30) 2 59 02-200

taz.zeo<sub>2</sub>  
das Umweltmagazin

# SOS! Lasst uns nicht untergehen.

Um das existenzbedrohende Defizit zu beseitigen, brauchen wir 400 neue Mitglieder.

336 haben wir bereits.\*

Es fehlen noch 64.\*

Jedes Mitglied und jede Spende zählt.



\* Leider hat im ersten Halbjahr 2013 der Tod einige unserer wichtigsten Mitglieder aus unserer Mitte gerissen. Dadurch wurden wir bei unserer Rettungskampagne ernsthaft zurückgeworfen.

Seit 35 Jahren bieten wir einem der großen Konzerne die Stirn. Doch Wirtschaftskrise und Sozialabbau haben uns ein existenzbedrohendes Defizit beschert. Jede offizielle Förderung wird uns verweigert – der Preis konsequent konzernkritischer Arbeit. Deshalb unsere Bitte: Werden Sie Fördermitglied. Beteiligen Sie sich an den Aktionen. Helfen Sie mit einer Spende.

zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: info2@CBGnetwork.org

- Ja, ich werde Fördermitglied mit ..... Euro monatlich /  Ja, ich spende einmalig ..... Euro (bitte Lastschrift ausfüllen)  
(durchschnittlich 5 bis 10 Euro) Der Betrag soll  monatl.  vierteljährl.  halbjährl.  jährlich abgebucht werden.  
 Ich möchte mehr wissen. Bitte schickt mir kostenlose Infos.

**Lastschrift**

aName: _____	Vorname: _____	e-Mail: _____
Straße, Hausnr.: _____	PLZ, Ort: _____	
Bank: _____	Konto-Nr.: _____	BLZ: _____
Datum / Unterschrift _____		Alter: _____

**Gratis:** Wenn Sie Fördermitglied werden, dann erhalten Sie das Magazin **Stichwort BAYER** und den Info-Dienst **TICKER** kostenlos viermal jährlich.

Spendenkonto EthikBank 31 99 991 BLZ 830 944 95  
**Mitglied werden & Infos**  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

